



FRANKFURT magazin

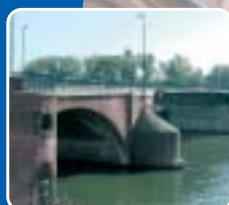
CDU Frankfurt
Fit für Europa!
Frankfurter Erklärung
zur Europawahl



CDU Frankfurt
**Privilegierte
Partnerschaft**
Europäische
Perspektive für
die Türkei



CDU-Fraktion
Alte Brücke
CDU gegen
Verkleinerung



CDU-Fraktion
Neues Frischezentrum
CDU besucht
Großhandelsplatz



Frankfurt/Rhein-Main in der Mitte Europas



Nr. 2 Mai 2004

Titelbild:
Frankfurt/Rhein-Main
im Zentrum Europas
Foto: Zell

Editorial 3

THEMA: Regionale Neuordnung der Region Frankfurt/Rhein-Main 4

SONDERTEIL EUROPAWAHL

Frankfurt am Main wählt Europa 8

5 Fragen zur EU-Erweiterung 9

Frankfurter Erklärung: Europas Chancen nutzen! 10

Die europäische Perspektive für die Türkei 12

Frankfurter Kandidaten für das Europäische Parlament 13

AUS DER PARTEI

Erfolgreicher Landesparteitag in Oberursel 14

Stadtkonferenzen: „Klarer Kurs auf festem Grund“ 15

Politischer Aschermittwoch: Friedbert Pflüger in Harheim 16

Computerprogramm zeigt Wahlergebnisse seit 1990 17

CDU vor Ort 18

Pressearbeit 21

AUS DER FRAKTION

Auf Freundschaftsbesuch in Israel 22

CDU wird Verkleinerung der Alten Brücke verhindern 24

UNICEF Partnerstadt 2004 ist Frankfurt am Main 25

Das neue Frischezentrum überzeugt 26

City-Maut für Frankfurt nicht geeignet 27

Pressearbeit 28

Personalien 30

Anträge und Anfragen 31

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisverband
und CDU-Fraktion
Frankfurt am Main

CDU-Kreisverband:
Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage)
60314 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 15 30 99-0
www.cdu-ffm.de

CDU-Fraktion:
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 13 87 28-0
www.cdu-fraktion-ffm.de

Redaktion:
Thomas Feda (tf)
(verantwortlich für Parteiteil)
E-Mail: feda@cduffm.de
Alexander Zell (az)
(verantwortlich für Fraktionsteil)
E-Mail: alexander.zell@
cdu-fraktion.frankfurt.de

Druck:
m/p/m DigitalAgentur
media process management GmbH
Tel.: (061 31) 95 69-20
E-Mail: info@digitalagentur-mpm.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Meinung der
Herausgeber und der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss für die
nächste Ausgabe: 15. Juni 2004

Letzte Meldung:

**Frankfurt/Rhein-Main
in der Mitte Europas**



Am 23. April haben Fraktionsvorstand und Kreisvorstand in einer gemeinsamen Sitzung über die Zukunft der Rhein-Main-Region beraten.

Im Anschluss finden Sie die 4 Ergebnispunkte der Beratung, die nun als Grundlage für ein Positionspapier dienen sollen, das dem Kreisverbandsausschuss am 25. Juni vorgelegt werden soll.

Fraktionsvorstand und Kreisvorstand sind nach einer inhaltlich sehr guten Diskussion zu der Auffassung gelangt, dass:

- 1) ein möglichst schnelles Ziel einer anstehenden Reform für Frankfurt und die Region Frankfurt/Rhein-Main die Schaffung eines Stadtkreises analog der Landkreisordnung ist,
- 2) als kurzfristiges Ziel - nach Bestätigung des Ballungsraumgesetzes durch den Staatsgerichtshof Anfang Mai - es notwendig ist, das Ballungsraumgesetz mit Leben zu füllen und dieses zum Wohle der Region inhaltlich auszugestalten,
- 3) Vorschläge anderer Parteien zur Schaffung von Regionalkreisen oder -verbänden als nicht zielführend abgelehnt werden und
- 4) die Eingemeindung von Nachbargemeinden im Umland abgelehnt wird.

Mehr zum Thema auf Seite 5



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

in diesem Jahr finden am 13. Juni die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Diese Wahlen sind von großer Bedeutung: Brüssel nimmt immer mehr Einfluss auf die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden. CDU und CSU errangen bei der letzten Europawahl 1999 48,7 % und damit die absolute Mehrheit der deutschen Mandate. Auch in Frankfurt gab es mit 44,1 % ein sehr gutes Ergebnis für die Frankfurter CDU. Wir lagen weit vor der mit 28,6 % abgeschlagenen SPD. Auch am 13. Juni wollen wir die Sozialdemokraten wieder deutlich auf die Plätze verweisen und zu einer bürgerlichen Mehrheit im Europäischen Parlament beitragen. Die Ausgangslage dafür ist gut: Die CDU präsentiert sich als klare Alternative zur Chaosregierung in Berlin. Mehr denn je wird der Aufkleber „Jammert mir nichts vor, ich habe CDU gewählt“ nachgefragt. Die Menschen fühlen sich von der rot-grünen Bundesregierung verraten und getäuscht. Sie spüren deutlich, dass Rot-Grün die Probleme weder in Deutschland noch in Europa bewältigen kann. Wir werden deshalb den Wählerinnen und Wählern klarmachen, dass Deutschland mit der Union mehr erreichen kann – Deutschland kann es besser!

Diese positive Stimmungslage für die Union, die sich auch in den Umfragen widerspiegelt, müssen wir in den nächsten Wochen nutzen und in Wählerstimmen umsetzen. Zeigen Sie also Flagge, weisen Sie in den Gesprächen darauf hin, wo die Bundesregierung versagt. Engagieren Sie sich bitte im Wahlkampf für unsere Frankfurter Spitzenkandidatin für das Europaparlament, Prof. Dr. Daniela Birkenfeld. Mit einer guten Wahlbeteiligung und ähnlichen Ergebnissen wie 1999 in Hessen ist es zu schaffen, dass auch ihr vierter

Platz auf der hessischen Landesliste „zieht“. Wenn Sie nicht in der Lage sind, mit Zeit und Arbeitseinsatz zum Wahlsieg beizutragen, so haben Sie vielleicht die Möglichkeit, die Frankfurter CDU durch eine Spende zu unterstützen.

Hessen, insbesondere die Rhein-Main-Region mit dem Kern Frankfurt, hat in der Mitte Deutschlands und des gemeinsamen Europas besondere Chancen. Ob und wie Frankfurt/Rhein-Main diese Chancen nutzt,



hängt dabei in hohem Maße davon ab, wie die Region die gemeinsamen Aufgabenstellungen der kommenden Jahre anpackt. Ob Ballungsraumgesetz, ob Stadtkreismodell oder andere Formen der regionalen Zusammenarbeit, für eine Entscheidung darüber, welches Modell die besten Grundla-

gen für eine prosperierende Weiterentwicklung der Rhein-Main-Region bietet, bleibt angesichts des immer schärfer werden Wettbewerbs der Städte und Regionen Europas nicht mehr viel Zeit. Mit den durch die Osterweiterung der Europäischen Union noch stärker in diesen Wettbewerb hineintretenden Wirtschaftsregionen in Polen oder Ungarn wird die Notwendigkeit zur Neuordnung der Region Frankfurt/Rhein-Main zeitlich immer drängender. Wenn Frankfurt/Rhein-Main jetzt den Anschluss verliert, wird sich die wirtschaftliche Dynamik, die bisher vom Motor Hessens ausging, in andere Regionen verlagern. Da weder Eingemeindungen noch ein Festhalten am Status quo als politische Rezepte zielführend sind, müssen wir alles daran setzen, dass sich die Einsicht zum Handeln auch im Umland durchsetzt. Die bisher geltende Freiwilligkeit zur Regelung dieser Frage im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wird sich nur noch über einen begrenzten Zeitraum halten lassen. Danach muss aus unserer Sicht der Landesgesetzgeber die notwendigen Weichenstellungen zur Neuordnung der Rhein-Main-Region vornehmen. Wir werden dabei dafür eintreten, dass Frankfurt als bestimmendes Zentrum dieser Region seine Führungsrolle für Rhein-Main zugeschrieben bekommt.

Sie sehen, es gibt noch viel zu tun. Gehen wir gemeinsam und geschlossen an die vor uns liegenden Aufgaben. Lassen Sie uns für ein christdemokratisches Europa kämpfen!

In diesem Sinne grüßen wir Sie herzlich

Ihre

Udo Corts MdL,
Kreisvorsitzender

Uwe Becker,
Fraktionsvorsitzender

Das Rhein-Main-Gebiet als „Kraftfeld der Wirklichkeit“

Vor 75 Jahren tagte in Frankfurt die Kommunalpolitische Vereinigung der Zentrumspartei

Schon die Weimarer Republik befasste sich mit einer Neuordnung des Rhein-Main-Gebietes. Damals waren die Problemlagen allerdings weitaus komplizierter. Eine vorausschauende Wirtschaftspolitik traf noch auf die überlieferten Verwaltungsstrukturen der Kaiserzeit. Eine grundlegende Reichsreform wurde diskutiert, aber zum Schaden der jungen Weimarer Demokratie nicht umgesetzt.

Die politisch-administrative Zerklüftung des Rhein-Main-Gebietes stand dabei ganz besonders im Widerspruch zu seiner geographisch-wirtschaftlichen Einheit. Anstöße zu einer Reorganisation gingen immer wieder von Frankfurt aus. Anlässlich der in der Mainmetropole abgehaltenen Reichsjahreshauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der Zentrumspartei vom 8. bis 10. Mai 1929 forderte der Frankfurter Wirtschaftsdezernent August Lingnau (Zentrum) eine grundlegende Reform des „Verwaltungswirrwarrs“ im Rhein-Main-Gebiet.

Für Lingnau bildete der Raum des unteren Mains und des mittleren



Stadtrat Dr. August Lingnau (1890-1960): „Die Stadt Frankfurt ist Trägerin und Sammelpunkt des Rhein-Main-Gebietes“.

Frankfurt als Mittelpunkt des Rhein-Main-Gebietes.



Quelle: Institut für Stadtgeschichte

Rheins mit rund 7,8 Mio. Einwohnern in einem Umkreis von 150 km um die Kernstadt Frankfurt ein vollkommen neuartiges, wirtschaftliches, verkehrsverbundenes und kulturelles „Kraftfeld der Wirklichkeit“, das in seiner Entfaltung aber von überkommenen Länder- und Provinzgrenzen und einem Übermaß an Bürokratie gehemmt wurde, präzise von fünf Länderregierungen (Preußen, Hessen, Bayern, Baden, Waldeck), 16 Provinzial- und 139 Kreisverwaltungen, dazu von je neun Reichsbahn- und Oberpostdirektionen, sieben Oberlandesgerichten mit 30 Land-, 28 Arbeits- und 320 Amtsgerichten, fünf Landesarbeitsämtern mit 42 angeschlossenen Arbeitsämtern, 14 Landesbauämtern, acht Landesfinanzämtern mit zusammen 130 Finanzämtern.

Der Amtsschimmel behinderte die rasante und moderne Entwicklung von Rundfunk, Fernsprechverkehr, Fernkabelnetz, Luft-, Eisenbahn-, Auto- und Schifffahrtsverkehr, dazu

die zunehmende Verknüpfung der regionalen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung und die Konzentration der regionalen Nahrungsmittelversorgung auf Frankfurt, vor allem nach dem Bau der Großmarkthalle, aber auch die kulturelle Zusammenarbeit etwa im Bereich der Volksbildung und der Universitäten. Lingnau kämpfte für eine Rationalisierung durch Zusammenfassung des geschilderten Gebietes zu einem neuen Land „Rheinfranken“ auf der Grundlage verwaltungsmäßiger Einheit bei weitestgehender Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene.

Die heute vertraut klingenden Reformanstöße versandeten in der Krise der Weimarer Republik, aber sie sind Teil der Vorgeschichte des Bundeslandes Hessen und der heutigen Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit Frankfurts und der Region Rhein-Main im europäischen und internationalen Zusammenhang.

(Joachim Rotberg)

Vorüberlegungen der Stadt Frankfurt am Main zur Bildung eines "Stadtkreises Frankfurt-RheinMain" (Oktober 2003)



Der Stadtkreis – ein Vorschlag von Oberbürgermeisterin Petra Roth für eine starke Zukunft von Frankfurt/Rhein-Main

Die Frankfurter Oberbürgermeisterin hat im Herbst 2003 die Idee eines Stadtkreises in die Diskussion um die Zukunft der Region eingebracht. Ein Stadtkreis könne die Effekte eines regionalen Lastenausgleichs mit Vorzügen regionaler Kooperation und Vorteilen einer Gebietsreform - ohne den politischen Sprengstoff von Eingemeindungen, die immer nur als das Schlucken der Kleinen durch den Großen wahrgenommen wird - weitgehend miteinander verknüpfen. Wer die Kosten von Leistungen, die einer ganzen Region zu-

gute kommen, gerecht verteilen wolle, brauche demokratisch legitimierte regionale Institutionen, welche die Trägerschaft für solche Leistungen und die politische Verantwortung für die effiziente Aufgabenerfüllung übernehmen. In den bisher kreisfreien Städten wird die Verantwortung in einigen Bereichen auf den von den Bürgern gewählten Kreistag übergehen. Ein Landrat wird direkt gewählt und den Kreis nach außen vertreten. Die Aufgaben des Planungsverbandes könnten an den Kreis übergehen.

Der von Roth vorgeschlagene Zuschnitt des neuen Stadtkreises müsste die Gebietskörperschaften Bad Homburg, Bad Soden, Bad Vilbel, Eschborn, Flörsheim, Frankfurt, Friedrichsdorf, Hanau, Hattersheim, Hofheim, Kelsterbach, Königstein, Kronberg, Krieffel, Liederbach, Maintal, Mühlheim, Neu-Isenburg, Niederdorfelden, Oberursel, Offenbach, Raunheim, Rüsselsheim, Steinbach, Sulzbach, Schwalbach umfassen (s. Grafik). Das neue Kreisgebiet wäre mit 1,3 Millionen Einwohnern vergleichbar mit Mün-

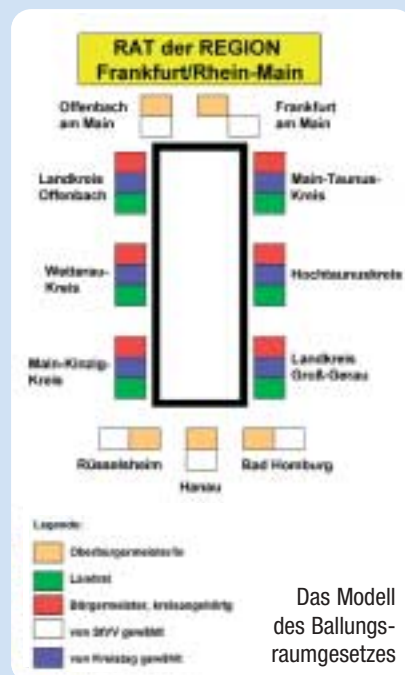
chen oder Köln. In diesem Gebiet bestehen die intensivsten Pendlerbeziehungen, dementsprechend gibt es das dichteste ÖPNV-Netz und mehrere Frankfurter Verkehrslinien (U-Bahnen und Straßenbahnen), die bis in die Nachbarstädte reichen. Durch bauliche Verdichtungen verschwimmen die Grenzen zwischen einzelnen Gebietskörperschaften bereits heute.

Die Bürgerinnen und Bürger erledigen auch weiterhin viele Angelegenheiten in „ihrem“ vertrauten Rathaus. Die neue Kreisverwaltung könnte dort jeweils Außenstellen einrichten. Eine engere Zusammenarbeit könnte es ermöglichen, Behördengänge wahlweise am Wohnort oder in der Nähe der Arbeitsstelle zu erledigen. Schon jetzt entscheiden die Menschen

nach Angebot, Zugänglichkeit und persönlichem Geschmack, welche Bibliothek oder Volkshochschule, welches Theater oder Schwimmbad sie aufsuchen. Das geht noch besser, wenn diese Institutionen zusammenarbeiten, sich gegenseitig unterstützen und austauschen. Durch Kosteneinsparungen können die Angebote für die Bürger erhalten oder verbessert werden.

Ballungsraumgesetz der Hessischen Landesregierung

Das im Dezember 2000 verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main“ betrifft 75 Städte und Gemeinden mit rund 2,17 Millionen Einwohnern. Den Kommunen gibt es den Auftrag, für bestimmte Aufgaben freiwillige Zusammenschlüsse zu bilden. Dabei geht es um die Themen der Verkehrsplanung, der Errichtung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen mit überörtlicher Bedeutung. Die Landesregierung kann einzelne Aufgaben für dringlich erklären und die Kommunen zu Pflichtverbänden zusammenschließen. Weiter gibt das Gesetz die Zusammenarbeit im Planungsverband vor, gemeinsam den regionalen Flächennutzungsplan zu erstellen. Anfang 2002 haben 25 Städte und Gemeinden gegen das Gesetz Klage beim Staatsgerichtshof erhoben; sie sehen ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung gefährdet. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat sich im No-



vember 2003 persönlich vor dem Hessischen Staatsgerichtshof zum Ballungsraumgesetz für die Rhein-Main-Region bekannt: „Das Ballungsraumgesetz ist notwendig, um

Städte und Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet dazu zu bewegen, übergreifende Aufgaben gemeinsam anzugehen“, erklärte Koch. Dabei schone es die kommunale Selbstverwaltung so weit wie möglich.

Ziel der Landesregierung sei es, mit Hilfe einer dauerhaften Vernetzung der kommunalen Gebietskörperschaften im Rhein-Main-Gebiet die regionale Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main zu fördern. „Wir brauchen für diese Zentralregion im Herzen Europas eine Klammer und kein Korsett“, so der Ministerpräsident. Selbstständigkeit in kleinen Einheiten bedürfe einer intensiven Vernetzung. „Diese enge Zusammenarbeit zwischen den Kommunen führt zu einer Stärkung der Region und wirkt sich positiv auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Rhein-Main-Gebiets und damit auch ganz Hessens aus“, so der Ministerpräsident abschließend.

CDU-Fraktion: Verfasste Struktur für Frankfurt/Rhein-Main

„Es war gut und richtig von Ministerpräsident Koch, zunächst auf die Freiwilligkeit in der Region zu setzen und das Ballungsraumgesetz als Fundament unterschiedlicher Themenfelder in der regionalen Zusammenarbeit zu definieren“, so der Fraktionsvorsitzende der CDU Fraktion Frank-

furt am Main, Uwe Becker, zur Diskussion über die künftigen Strukturen der Rhein-Main-Region. „In Zeiten einer sich immer rasanter entwickelnden und verändernden Wettbewerbssituation der Städte und Regionen Europas müssen allerdings auch die nächsten Schritte schneller und

konsequenter gegangen werden, als man dies vielleicht vor wenigen Jahren noch vor Augen hatte“, so Becker weiter. „Gerade die nun stattfindende Osterweiterung der EU wird die Situation im Wettbewerb mit den Regionen etwa in Polen oder Ungarn weiter verschärfen.“

Wenn Frankfurt/Rhein-Main auch am Ende dieses Jahrzehnts noch im oberen Tabellenfeld der Regionen Europas mitspielen wolle, brauche die Region eine verfasste Struktur, wie diese etwa in dem Vorschlag der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth zum Stadtkreismodell zum Ausdruck komme.

„Eine größtmögliche politische Eigenständigkeit der Städte und Gemeinden bei einer größtmöglichen Definition und Übertragung gemeinsamer Aufgabenstellungen auf die regionale Ebene, das ist die Weiterentwicklung des Ballungsraumgesetzes, die wir heute bereits diskutieren und angehen müssen“,

so Becker. Es gehe Frankfurt nicht um eine neue Eingemeindungsdiskussion – „Ich bin kein Freund von Gemarkungsdiskussionen“, so Becker –, sondern um „den Anspruch, den auch die Umlandgemeinden an die eigene Zukunft in Sicherheit und Prosperität selbst haben müssen“, so Becker.

Beispiele für Zusammenarbeit in Ballungsräumen: Hannover und Stuttgart

In Niedersachsen verschmolzen am 1. November 2001 Stadt und Landkreis zur Region Hannover (s. Grafik) mit 1,1 Millionen Menschen auf 2300 Quadratkilometern. Neben der Landeshauptstadt Hannover gehören 20 Städte und Gemeinden zur Region. Mit der Zusammenlegung von Stadt- und Kreissparkasse ist die Sparkasse Hannover zu einer der führenden Sparkassen in Deutschland geworden. Um den Müll kümmert sich ein gemeinsamer Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Planungen für Berufs- und Sonderschulen werden abgestimmt, das Krankenhauskonzept wird völlig neu gestaltet.

Weit größer ist der 1994 gegründete Verband Region Stuttgart, der 3654 Quadratkilometer mit 2,6 Millionen Menschen umfasst. Dies entspricht einem Zehntel der Fläche und einem Viertel der Bevölkerung Baden-Württembergs. Zur Region zählen 179 Städte und Gemeinden, organisiert in fünf Landkreisen und dem Stadtkreis Stuttgart. Zuständig ist

Modell Stuttgart



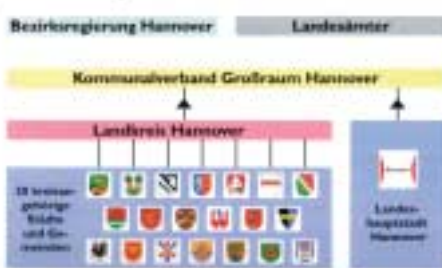
Das integrierte Verkehrskonzept der Region Stuttgart ist mit Siedlungs- und Landschaftsplanung abgestimmt.

der Verband vor allem für die Regionalplanung. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Verbesserung der Stadt-Umland-Beziehungen, Wirtschaftsförderung und Regionalverkehrsplanung. Als Erfolge wertet das baden-württembergische Wirtschaftsministerium die Aktivitäten

des Verbands zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und die Vertretung bei der EU in Brüssel. Der Verband fordert von der Landesregierung neue Kompetenzen unter anderem für eine einheitliche ÖPNV-Trägerschaft und bei Landschaftspark-Planungen. (az)

Verwaltungsstruktur im Raum Hannover

Vor der Bildung der REGION



Nach der Bildung der REGION



Bei der Gründung der Region Hannover wurde der Landkreis Hannover und der Kommunalverband Großraum Hannover aufgelöst.

Frankfurt am Main wählt Europa

Von Stadtrat Dr. Albrecht Magen

Die Existenzgrundlage unserer Stadt und der Rhein-Main-Region ist die Internationalität. Anknüpfend an jahrhundertelange Traditionen ist Frankfurt Drehkreuz des europäischen Verkehrs, des Handels und der Dienstleistungen auf den verschiedensten Gebieten. Der Flughafen, einer der größten der Welt, wird pro Jahr von fast 50 Millionen Passagieren genutzt. Der Frachtflugverkehr bringt Güter aller Art aus allen und in alle Länder der Welt. Im Hauptbahnhof kommen täglich Hunderttausende an, um hier zu arbeiten oder ihren Geschäften nachzugehen. Die verschiedenen Frankfurter Messen schaffen die Verbindungen zwischen den Produzenten und den Verbrauchern in allen Ländern. Die Stadt ist der Knotenpunkt der deutschen Datennetze. 320 Banken, sonstige Finanzinstitute, internationale Anwaltsbüros und Beratungsunternehmen schaffen die Grundlage und den Rahmen für das international orientierte Wirtschaftsleben.

Erfolgreich können diese Aktivitäten nur sein und bleiben, wenn die Menschen in unserer Stadt sowie die verantwortlichen Institutionen und Gremien die Weltoffenheit bewusst ak-



Dr. Albrecht Magen
Stadtrat und Dezernent
für Integration

zeptieren und fördern. Das geistige Rüstzeug bekommen wir von der Universität und den anderen Hochschulen, den drei Max-Planck-Instituten für Biophysik, Hirnforschung und Europäische Rechtsgeschichte, jedes auf seinem Gebiet international führend, sowie von den verschiedensten Bildungsinstitutionen. Die entscheidende menschliche Voraussetzung ist das Zusammenleben von Menschen aus etwa 180 Nationen. Von den hier lebenden 170.000 Ausländern sind etwa 20.000 bis 30.000 in führenden Positionen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst tätig. Aber auch die anderen werden zum Beispiel im Handwerk, in Pflegeeinrichtungen und für zahlreiche Dienstleistungen unbedingt benötigt. Die Politik trägt dem durch eine besonders intensive Integrationsarbeit Rechnung, insbesondere auch für die Gruppen, die vor Jahrzehnten als Gastarbeiter in unsere Industrie gerufen wurden und jetzt

durch die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in eine soziale Randlage geraten sind.

Alles dieses müssen wir bedenken, wenn wir am 13. Juni zu den Wahlen zum Europaparlament aufgerufen sind. Viele Menschen sind sich der Bedeutung dieser Wahlen - nicht nur für die Entscheidungen der Europäischen Union, sondern auch ganz unmittelbar für Frankfurt und uns alle - bewusst. Die Europäische Union hat den Binnenmarkt geschaffen, in dem Güter und Dienstleistungen innerhalb ganz Europas frei zirkulieren dürfen. Sie ist auch verantwortlich für die Beziehungen Europas zu den anderen Teilen der Welt; die für das Wirtschaftsgeschehen entscheidenden Gesetze beruhen auf europäischer Rechtssetzung, ebenso viele Regelungen bis in unseren Alltag hinein. Wenn auch manche Vorschriften von den betroffenen Interessenten als lästig kritisiert werden, darf man für das Ganze nicht übersehen, dass die Freiheit von Handel und Wandel in ganz Europa auf der Vereinheitlichung und Liberalisierung des Europäischen Rechts beruht. Und das ist für Frankfurt am Main mit seiner oben skizzierten internationalen Orientierung unseres Lebens und Arbeitens von entscheidender Bedeutung. Deshalb liegt es in unserem ureigensten Interesse, durch eine rege Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament, wo Politik und Gesetzgebung entscheidend gestaltet werden, unseren Abgeordneten den Rückhalt und die Autorität zu verleihen, die sie für ihre Arbeit auch im Interesse unserer Stadt brauchen. Mehr noch: Die Bevölkerung ist aufgerufen, zugleich ein Plebiszit abzugeben für den weiteren Fortschritt in Europa, ohne den auch unsere Stadt nicht weiter gedeihen kann. ■



Foto: Rhode

Integration vorgelebt: Dr. Albrecht Magen zu Besuch in der Taqwa-Moschee mit dem Vorsitzenden des marokkanischen Kulturvereins, Abdelrahman Khouja.

5 Fragen zur EU-Erweiterung

Gilt in allen Beitrittsstaaten ab 1. Mai der Euro?

Nein. Für einen Euro-Beitritt müssen die neuen EU-Staaten die Maastricht-Kriterien erfüllen und außerdem zwei Jahre lang am Wechselkursmechanismus teilgenommen haben. Die Einführung des Euro ist damit auch für die am weitesten fortgeschrittenen Länder nur mittelfristig nicht erreichbar.



Foto: Kandidatenplakat, CDU Frankfurt

Die Frankfurter CDU-Spitzenkandidatin für das Europaparlament gibt Antworten.

Können alle Bürger der neuen Mitgliedsstaaten sofort in Deutschland arbeiten?

Nein. Mit dem Beitritt gilt zunächst die Reisefreiheit innerhalb der erweiterten EU. Für die Arbeitsaufnahme in Deutschland gilt für die Neumitglieder eine bis zu siebenjährige Übergangsfrist. Fünf Jahre nach Beitritt ist im Prinzip die ungehinderte Arbeitsaufnahme möglich. Für den Fall einer „schweren Störung des Arbeitsmarktes“ verschiebt sich die Arbeitnehmerfreizügigkeit um weitere zwei Jahre. Diese Regelung gilt nicht für die neuen EU-Mitglieder Malta und Zypern.

Entfallen mit dem Beitritt die Grenzkontrollen?

Nein. Zwar sind die Beitrittsländer dann Teil des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes, dies bedeutet aber nur, dass alle Warenkontrollen entfallen. Die Personenkontrollen an den Grenzen zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten bleiben vorerst in Kraft. Erst wenn die Beitrittskandidaten die Sicherung der neuen Außengrenzen der EU nachweisen können, entfallen die Personenkontrollen an den Binnengrenzen.

Was kostet Deutschland die EU-Erweiterung?

Im EU-Haushalt sind für 2004 bis 2006 25,14 Mrd. Euro für die Beitrittskandidaten eingeplant. Davon finanzieren die Beitrittsländer 14,74 Mrd. Euro. Damit ergeben sich Nettokosten für den EU-Haushalt von 10,4 Mrd. Euro. Der deutsche Anteil daran beträgt für diese drei Jahre rund 2,3 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Der Ausfall der Lkw-Maut bis Dezember 2004 kostet über 2 Mrd. Euro. Insgesamt rechnet sich jedoch die EU-Erweiterung, da Deutschland an steigenden Exporten deutlich mehr verdient.

Erhalten die Landwirte der Beitrittsstaaten sofort die vollen Subventionen?

Nein. Direktzahlungen für die Bauern der Beitrittsländer werden über einen Zeitraum von zehn Jahren schrittweise eingeführt. Sie beginnen 2004 bei 25 Prozent des EU-Niveaus, bis sie 2013 die vollen 100 Prozent erreichen. Die Beitrittsländer sind mit fairen Quoten für Acker- und Tierprodukte am gemeinsamen Agrarmarkt beteiligt, ohne dass Überschussproduktionen zu befürchten sind. ■

Ausländische EU-Bürger – Einige Fakten

Unter 650.000 Einwohnern in Frankfurt am Main leben zur Zeit 180.000 ausländische Bürger aus 180 Staaten mit über 200 verschiedenen Sprachen.

Den stärksten Anteil haben die EU-Bürger mit 46.000, darunter 15.500 Italiener als größte Gruppe. Dazu kommen rund 7.700 Staatsangehörige aus den EU-Beitrittsländern.

Unter ihnen sind die Polen mit 4.800 Personen am stärksten vertre-

ten. Auch die neuen EU-Bürger sind am 13. Juni wahlberechtigt. Die ausländische EU-Wahlbevölkerung ist im Durchschnitt jünger als die deutsche, die Altersgruppe der 18-34-Jährigen dominiert.

35,5 % der wahlberechtigten ausländischen EU-Bürger leben seit weniger als fünf Jahren in der Mainmetropole. 35.000 Türken halten sich in Frankfurt auf, dazu 39.000 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Jährlich werden in Frankfurt rund 4.500 Ausländer eingebürgert, gut 50 % davon sind „Doppelstaatler“. 30.000 ausländische Mitbürger sind Hochqualifizierte in Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst.

Die Arbeitslosenquote unter den Ausländern beträgt 12 %, über 88 % erhalten keine Sozialleistungen.

Mehr als ein Viertel der Frankfurter Gewerbebetriebe werden von Ausländern betrieben. ■

Europas Chancen nutzen!

Frankfurter Erklärung zur Europawahl

Die Zusammenarbeit freier Staaten in Europa trägt seit über 50 Jahren dazu bei, dass die Völker dieser Staaten in Frieden miteinander leben, ihren Wohlstand mehren sowie das gegenseitige Verständnis fördern. (...) Jetzt stehen wir knapp 15 Jahre nach der deutschen Einheit an einem weiteren historischen Entwicklungspunkt in Europa: Mit der Aufnahme von 10 Staaten – die meisten von ihnen im Osten Europas gelegen – vergrößert sich die Europäische Union ab 1. Mai 2004 auf 25 Staaten, überwindet somit Folgen der kriegsbedingten Teilung Europas und ermöglicht allen Menschen, die im neuen EU-Europa leben, mehr Freiheiten, mehr wirtschaftliche Entwicklungschancen und mehr kulturellen Austausch.

Gerade in Frankfurt am Main, dem Sitz der Europäischen Zentralbank, erleben wir täglich die Folgen der europäischen Entwicklung. Schon jetzt leben über 45.000 Bürger aus anderen Staaten der Europäischen Union in unserer Stadt. Mit der EU-Erweiterung wird die Zahl der in Frankfurt wohnenden ausländischen EU-Europäer auf über 53.000 steigen (gut 8 % der Gesamtbevölkerung). (...) Durch die anstehende Osterweiterung wird Frankfurt am Main noch mehr im geografischen Zentrum Europas liegen. Dank des Flughafens besteht für Frankfurt auch eine gute Chance, beachtlich von den neuen wirtschaftlichen Chancen Europas zu profitieren und sich als ein Zen-

trum europäischer Kultur und Kommunikation zu entwickeln, in dem sich Erfahrungen und Erwartungen so verdichten wie sonst noch in nur wenigen anderen Zentren Europas.

Die Frankfurter CDU steht zu dieser europäischen Entwicklung und möchte, dass die Bürgerinnen und Bürger hiervon profitieren. Dazu unterstützen wir nicht nur durch unsere Mitglieder im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch durch die Arbeit in den Ortsbeiräten und in unserer Partei auf vielfältige Weise die Integration der Ausländer, die sich für Frankfurt als ihren Lebensmittelpunkt entschieden haben, wo sie

dauerhaft wohnen, arbeiten und leben wollen. Wir werden uns weiterhin dafür engagieren, dass Integration, zu der Deutsche und Ausländer jeweils ihren aktiven Beitrag leisten müssen, gelingt und dem friedlichen und guten Zusammenleben in unserer Stadt dient.

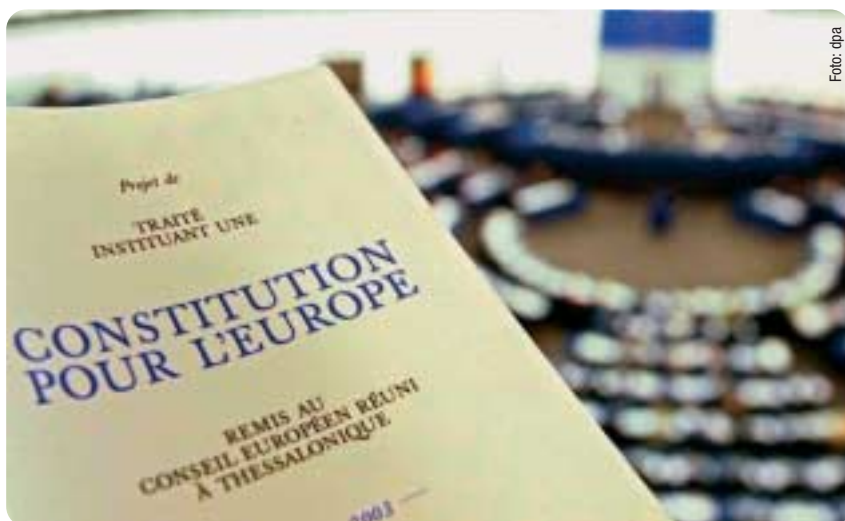
Gleichzeitig erwarten wir, dass in Berlin, Brüssel und Straßburg die Weichen für Europas Zukunft richtig gestellt werden, u. a. durch:

- ein Zuwanderungs- und Integrationsgesetz, in dem nicht nur stringente Regelungen für den Zuzug von Ausländern festgelegt werden, sondern mit dem auch die Integrationsarbeit finanziell gefördert wird, die in den Städten und Gemeinden zu leisten ist; dabei ist darauf zu achten, dass Ghettobildungen unterbleiben und ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache erworben werden.

- eine möglichst schnelle Einigung auf eine Verfassung Europas, durch die die vergrößerte Europäische Union politisch handlungsfähig bleibt. Zugleich muss immer mehr zum Ausdruck kommen, dass Europa auch eine Union der Bürgerinnen und Bürger ist. Hierzu ist darauf zu achten, dass – wie im vorliegenden Verfassungsentwurf vorgesehen – die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt werden. (...) Die neue Verfassung muss der Europäischen Union ein tragfähiges Fundament sein, in dem die Nationen, die Regionen und die Menschen ihren Platz finden.

- eine konsequente Einhaltung der Stabilitätskriterien durch verantwortungsvolles Handeln auf allen politischen Ebenen.

- eine Erweiterungspolitik, die den nicht zur Europäischen Union gehörenden Staaten Europas intensivere



Im Juli 2003 vom EU-Konvent vorgelegt: Der Entwurf für eine Europäische Verfassung



Foto: Flaport AG

Drehkreuz Frankfurt am Main: Der Flughafen Rhein-Main gehört zu den drei wichtigsten Luftverkehrsknotenpunkten Europas.

Zusammenarbeit bis zu einer privilegierten Partnerschaft anbietet, den Beitritt dieser Staaten zur Europäischen Union aber von deren weiterer Entwicklung abhängig macht und zugleich davon, inwieweit EU-Europa nach solchen Erweiterungen noch ausreichend handlungsfähig ist und die Ausgaben des EU-Haushalts höchstens geringfügig steigen.

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni dieses Jahres ist auch eine Chance für alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, an der Zukunft Europas mitzugestalten und für Europas Zukunft die richtigen Weichen zu stellen, um Stabilität und friedlichen Ausgleich in Ost und West dauerhaft zu sichern:

■ Durch die verbindliche Aufnahme der Grundrechts-Charta in die neue Verfassung Europas werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Europäischen Institutionen gestärkt.

■ Nur durch klar abgegrenzte Kompetenzen zwischen der kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene bleibt das erweiterte Europa handlungsfähig und effizient.

■ Zur Verbesserung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bedarf es einer besseren Koordination der Politik der Mitgliedstaaten in den Bereichen Innere Sicherheit, Asyl

und Justiz, insbesondere eine bessere Handlungsfähigkeit der europäischen Strafverfolgungsbehörden gegenüber der organisierten Kriminalität.

■ Der Ausbau des Frankfurter Flughafens und des Finanzplatzes Frankfurt zum zentralen Banken- und Börsenplatz Kontinentaleuropas ist nötig, damit auch Frankfurt und Hessen weiterhin von der Entwicklung in Europa profitieren. In diesem Zusammenhang stehen auch alle Bemühungen, die zukünftige europäische Bankenaufsicht in Frankfurt am Main anzusiedeln und durch entsprechenden Ausbau die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu einer in Europa führenden Finanzuniversität weiterzuentwickeln – Perspektiven, die die Frankfurter CDU mit Nachdruck unterstützt.

■ Durch Regionalpartnerschaften zu Regionen in den neuen EU-Staaten wollen wir das Europa der Regionen von der Basis her stärken.

■ Die Stärke der politischen Parteien im Europäischen Parlament muss sich auch in der Zusammensetzung der Europäischen Kommission widerspiegeln.

Dafür steht die CDU Frankfurt. Unterstützen Sie uns bei den Wahlen zum Europaparlament am 13. Juni 2004.

■



Foto: Zell

Hauptstadt des EURO: Frankfurt am Main ist Sitz der Europäischen Zentralbank.

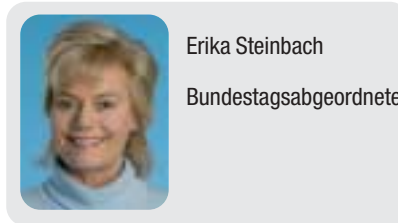
Privilegierte Partnerschaft – Die europäische Perspektive für die Türkei

Mit dem Beitritt von zehn weiteren Staaten zur Europäischen Union vollzieht sich eine epochale Veränderung der politischen Gegebenheiten auf unserem Kontinent. Eine derartige Veränderung hat es bislang noch nicht gegeben. Sie verlangt größte Anstrengungen der „alten“ wie der „neuen“ EU-Mitgliedsstaaten. Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union müssen in der Balance gehalten werden. Erst dann, wenn die Fähigkeit der EU zur Aufnahme weiterer Staaten hergestellt ist, kann und sollte über weitere Kandidaten nachgedacht werden.

Von Erika Steinbach MdB

Völlig anders liegt der Fall der Türkei. Die Türkei ist Orient, nicht Okzident. Schon damit fällt sie nicht mehr unter die Definition der EU-Verfassung. Zudem würde dieses riesige orientalische Land die EU sprengen, auch wenn alle Aufnahme-kriterien mustergültig umgesetzt wären.

Es gibt eine Vielzahl von Staaten auf der anderen Seite des Globus, die spielend die EU-Kriterien erfüllen, die zudem auch Mitglied der Nato sind und dennoch käme niemand auf den Gedanken, diese Länder zu Mitgliedern der EU zu machen. Das wissen auch die Befürworter eines Türkeibeitritts. Sie argumentieren deshalb gerne mit den hier in Deutschland lebenden Millionen von Türken, denen man bei einer Ablehnung dann nicht mehr ins Auge sehen könne. Doch mit einer derartigen Begründung könnte Frankreich die Aufnahme von Algerien beantragen und Großbritannien die Vollmitgliedschaft von Indien, Pakistan und Bangladesch. Die in die EU zugewanderten Menschen können und dürfen kein Grund sein, ihre jewei-



Erika Steinbach
Bundestagsabgeordnete

ligen Heimatländer in die EU aufzunehmen.

Natürlich dürfen nicht antitürkische Töne die Sachdiskussion entgleisen lassen. Aber eine Diskussion, auch im Wahlkampf, ist nötig. Die Bürger unseres Landes müssen die Möglichkeit erhalten, ihr Votum bei der Europawahl mit diesem Thema zu verknüpfen. Letztlich dient eine sachgerechte Interessenentscheidung zum Wohle Deutschlands und der EU auch den hier lebenden Türken und der Türkei selbst. Von einer überfor-

dernten oder zerfallenden EU wären gerade sie besonders betroffen.

Die Türkei ist ein mit Deutschland befreundetes Land. Sie ist ein verlässlicher NATO-Bündnispartner, der auch unter den veränderten Sicherheitsbedingungen eine herausgehobene strategische Bedeutung hat. Unterstützung verdient deshalb der Versuch dieses islamischen Großstaates, sich zu einer rechtsstaatlichen Demokratie fortzuentwickeln.

Das CDU/CSU-Konzept der „Privilegierten Partnerschaft“ statt eines Beitritts trägt der europäischen Perspektive der Türkei Rechnung. Es nützt sowohl der Türkei als auch Deutschland und der EU. Eine Aufnahme der Türkei würde die EU überfordern und die Gefahr ihrer Rückentwicklung zu einer Freihandelszone in sich bergen. ■



Frankfurter Kandidaten für das Europäische Parlament

Auf dem Landesparteitag der CDU Hessen am 20. März in Oberursel wurde die hessische Landesliste zur Europawahl gewählt. Aus Frankfurt sind auf dem aussichtsreichen 4. Listenplatz Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und auf dem 9. Platz Dr. Ralf-Norbert Bartelt nominiert. Angeführt wird die Liste von den hessischen Europaabgeordneten Hartmut Nassauer, Thomas Mann und Michael Gahler. Wir stellen die Frankfurter Spitzenkandidaten vor:



Fit für den Wahlkampf:
Daniela Birkenfeld beim Training

Daniela Birkenfeld

Geboren am 12.10.1959 in Frankfurt am Main, verheiratet, ein Kind.

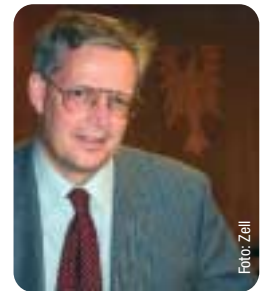
Beruflicher Werdegang: Schulbesuche: Frankfurt (Abitur) und Kingston upon Thames (England); Ausbildung: Dipl.-Verwaltungswirtin; Studium: Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften in Frankfurt und Montreal, 1. und 2. juristisches Staatsexamen, Promotion, Rechtsanwältin, Kabinettsreferentin im Hess. Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Professorin für Öffentliches Recht (u. a. Europarecht) an der Verwaltungsfachhochschule Hessen.

Politischer Werdegang: Abgeordnete im Umlandverband Frankfurt (1989-2001), seit 2001 Stadtverordnete in Frankfurt, seit 1998 Kreisvorsitzende der Frauen-Union Frankfurt, seit 2004 stellv. Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU.



Engagiert für die Stadt:
Daniela Birkenfeld als Stadtverordnete

„Ich möchte mich im Europaparlament für die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und für einen stabilen Euro einsetzen.“



Ralf-Norbert Bartelt als Stadtverordneter im Plenarsaal des Frankfurter Römers

Ralf-Norbert Bartelt

Geboren am 4.7.1956 in Frankfurt am Main, ledig.

Beruflicher Werdegang: Schulbesuch: Frankfurt (Abitur), Studium: Medizin in Frankfurt, Approbation, Wissenschaftlicher Assistenzarzt in der Hautklinik der Frankfurter Universitätskliniken, Promotion, Facharztprüfung, eigene Hautarztpraxis in Frankfurt-Höchst.

Politischer Werdegang: Mitglied des Ortsbeirates 8 in Frankfurt am Main (1977-1990), Abgeordneter im Umlandverband Frankfurt (1989-2001), seit 2001 Stadtverordneter in Frankfurt, Vorsitzender des CDU-Stadtbezirksverbandes Heddenheim, seit 2004 stellv. Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU.



Ralf-Norbert Bartelt beim Allergietest



Aus der Partei

Erfolgreicher Landesparteitag in Oberursel



Foto: Zell

Der Landesvorsitzende spricht: Ministerpräsident Roland Koch. Im Hintergrund auf dem Podium: Frankfurts CDU-Vorsitzender Udo Corts.

Auf dem Landesparteitag der CDU Hessen am 20. März 2004 in Oberursel wurde der Frankfurter CDU-Kreisvorsitzende, Udo Corts, erneut als einer von 18 Beisitzern in den Landesvorstand gewählt. Er erhielt 275 von 349 gültigen Stimmen.

Die erstmals als Kandidatin für den Landesvorstand angetretene ehemalige Frankfurter Stadtverordnete Barbara Schneider-Siegler erzielte mit 168 Stimmen ein respektables Ergebnis. Für die Wahl als Beisitzerin reichte es allerdings nicht aus. Das Frankfurter CDU-Mitglied Hans Hermann Reschke wurde mit 328 Ja-Stimmen von 329 gültigen



Foto: Zell

Frankfurter Delegierte im Gespräch: Oberbürgermeisterin Petra Roth mit der Frankfurter Spitzenkandidatin für Europa, Daniela Birkenfeld.

Stimmen als Landesschatzmeister im Amt bestätigt.

Bei der Wahl der Landesliste der CDU Hessen zur Europawahl am 13. Juni 2004 erzielte die Frankfurter Spitzenkandidatin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld auf dem vierten Listen-

platz 250 von 342 abgegebenen gültigen Stimmen. Birkenfeld setzte sich damit klar gegen ihre Konkurrentin Marion Petri aus Wiesbaden durch. Diese erzielte lediglich 71 Stimmen. Auf den neunten Listenplatz wurde Dr. Ralf-Norbert Bartelt mit 325 Stimmen gewählt. ■



Foto: Zell

Unterwegs mit dem Hessischen Rundfunk: Neumitglied Melanie Kleiné, hier im Dialog mit dem Frankfurter CDU-Ehrenvorsitzenden Dr. h.c. Ernst Gerhardt. Das Landesmagazin „de facto“ berichtete im HR über die ersten Erfahrungen von Neumitgliedern in der CDU.



Foto: Zell

Stark für Frankfurt und die Region: Fraktionsvorsitzender Uwe Becker und der CDU-Bezirksvorsitzende Untermain Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB.

„Klarer Kurs auf festem Grund“

Frankfurter CDU informierte in Stadtkonferenzen

„Wir sparen, damit unsere Kinder nicht von den Schulden erdrückt werden und investieren gleichzeitig in wichtige Zukunftsprojekte“, umriss Generalsekretär Michael Boddenberg MdL den politischen Kurs der hessischen CDU im Jahr 2004. Auf zwei Stadtkonferenzen im Südbahnhof und im Titusforum erläuterte er gemeinsam mit allen Frankfurter CDU Landtagsabgeordneten Hintergründe und Perspektiven der aktuellen Landespolitik vor dem Hintergrund des im letzten Jahr beschlossenen Sparpaktes der hessischen Landesregierung „Operation Sichere Zukunft“.

„Wenn der Wirtschaftsmotor wieder in Gang kommt, haben wir durch unsere Sparmaßnahmen einen Startvorteil gegenüber den anderen Bundesländern“, so Boddenberg. Der Einsparbetrag von einer Milliarde Euro sei unumgänglich gewesen, auch wenn die Entscheidungen nicht leicht gefallen seien. Von den Mitarbeitern der Landesverwaltung würde viel abverlangt. „Wir sind aber nach mittlerweile drei Jahren Nullwachstum durch die schlechte Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung ärmer geworden“, erinnerte Boddenberg. Die Zusammenlegung und Verlagerung von Behördenstandorten und die damit verbundenen Personalmaßnahmen stellten eine besondere Herausforderung in den kommenden Wochen dar. Wichtig für den Generalsekretär: „Wir machen keine Politik nach dem Motto ‚Weiter so‘ und zeigen den Finger auch nicht nur nach Berlin, sondern wir müssen in eigener Verantwortung Hausaufgaben erledigen“.

Bildung, Wirtschaft, Sicherheit – dieser Dreiklang bleibe der Schwer-



Generalsekretär Michael Boddenberg beim „Lagevortrag“

punkt der hessischen CDU. Die Liste der Zukunftsprojekte in diesem Jahr, so Boddenberg, mache deutlich, dass die Union mit Roland Koch das Land Hessen weiter auf Erfolgskurs halten werde. „Hessen ist Vorbild im Abbau von Bürokratie und Vorschriften, mit der CDU ist seit 1999 konsequent das Unterrichtschaos beendet worden. Die

beschlossene Mehrarbeit der Beamten kommt dem Unterricht für die Kinder zugute!“, sagte Boddenberg. Im osthessischen Hünfeld sei derzeit die modernste Strafvollzugsanstalt im Bau, mit der Modellhochschule Darmstadt werde die Universität der Zukunft erprobt und Hessen erhalte seinen ersten Nationalpark. „Und wir arbeiten dafür, dass der Frankfurter Flughafen ausgebaut wird. Es gibt in ganz Deutschland keine andere Perspektive für einen solchen Jobmotor wie bei uns“, unterstrich der Politiker.

Ein Jahr nach Erringung der absoluten Mehrheit bleibe für Rast und Ruhe keine Zeit. Boddenberg: „Wir sind uns als Hessenpartei CDU dieser Verantwortung bewusst und werden diesen Weg des klaren Kurses weiter gehen!“



Frankfurter Landtagsabgeordnete informieren in Stadtkonferenzen

Politischer Aschermittwoch: Friedbert Pflüger in Harheim

Beim traditionellen politischen Aschermittwoch der CDU in Harheim appellierte der diesjährige Gastredner, Dr. Friedbert Pflüger MdB, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, an das Selbstbewusstsein und die Geschlossenheit der Union zur Europawahl.

Pflüger wurde – trotz 50-minütiger wetterbedingter Verspätung – begeistert von über 200 Teilnehmern im Bürgerhaus Harheim empfangen. Der Harheimer CDU-Chef Bernd Kölling und der stellvertretende Kreisvorsitzende Uwe Becker begrüßten den Gast aus Niedersachsen. In seiner einstündigen Rede, die immer wieder von Beifall unterbrochen wurde, streifte Pflüger eine ganze Palette von innen- und außenpolitischen Themen.

Scharf kritisierte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion die Haltung der Bundesregierung zum Wiederaufbau des Irak:



Dr. Friedbert Pflüger beim Vortrag

„Der Aufbau ist unser aller Aufgabe. Es kann doch nicht sein, dass alle möglichen Länder Soldaten hinschicken und Deutschland nicht“. Pflüger sprach sich gegen die EU-Vollmitgliedschaft der Türkei aus, da es die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union bei

weitem überfordern würde. Das Kopftuchverbot bei Lehrerinnen sei richtig, da das Kopftuch kein religiöses, sondern ein Symbol des Islamismus sei.

Pflüger lobte in diesem Zusammenhang das Vorgehen der hessischen Landesregierung, die das Kopftuchverbot für alle weiblichen Beamten einführen werde. Die Kundgebung endete traditionell mit dem Absingen des Deutschlandliedes. ■



Auf dem Podium v.l.n.r. stellv. Kreisvorsitzender Uwe Becker, Friedbert Pflüger und die Frankfurter Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach

Dr. Friedbert Pflüger MdB

Geboren am 6. März 1955 in Hannover

Studium von Politikwissenschaft, Staatsrecht und Volkswirtschaft in Göttingen, Bonn und Harvard (USA)

1981–1984 Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, zuletzt als Leiter seines pers. Büros

1984–1989 Pressesprecher des Bundespräsidenten

1989–1991 Geschäftsführer in der Matuschka-Gruppe (Vermögensverwaltung)

seit 1990 MdB

seit 1998 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Neu und selbst gemacht: Computerprogramm zeigt Wahlergebnisse seit 1990 auf einen Blick

Im Juni vergangenen Jahres veranstaltete Thomas Kirchner, Kreisvorstandsmitglied und Vorsitzender der CDU Gallus-Gutleut, einen Workshop, bei dem er ein von ihm entwickeltes computergestütztes Wahlanalyseinstrument interessierten Vertretern aus verschiedenen Stadtbezirksverbänden vorstellte. Gut ein halbes Jahr später sind bereits zehn von ihnen mit einer auf ihre Stadtteile angepassten Version des Programms ausgestattet.

Wer sich bisher ein Bild von der Entwicklung der Wahlergebnisse in seinem Stadtteil machen wollte, musste auf die Publikationen des Wahlamtes zurückgreifen. Ein Vergleich auf diesem Wege ist jedoch nicht nur zeitaufwändig, sondern erfordert auch viel Platz im Bücherregal. Kirchner, als Mitarbeiter eines Kreditinstitutes mit dem Einsatz von Microsoft Excel für Controllingaufgaben vertraut, sagte sich: "Was mit Auswertungen von Filialstandorten und Aktienkursen funktioniert, muss doch auch auf Wahllokale und Wahlergebnisse übertragbar sein!"

Gesagt – getan! Das aus dieser Idee hervorgegangene Wahlanalyseinstrument ruft nicht nur Wahlergebnisse der letzten vierzehn Jahre auf, es erlaubt auch einen direkten Vergleich der Gewinne und Verluste von der Ortsbezirksebene bis hin zum einzelnen Wahllokal. Darüber hinaus zeigt das Programm auch Korrelationen auf, indem es die Gewinne einer Partei mit den Verlusten einer anderen vergleicht. Auch der Mobilisationsgrad der Wählerschaft lässt sich aus den generierten Grafiken ableiten.

Die zur Darstellung der Wahlergebnisse notwendigen Daten müssen nicht per Hand eingegeben werden, sondern fließen aus einer vom Wahlamt gelieferten CD mit Rohdaten ein. Nur so war es möglich, die CDU in den Ortsbezirken 1 (Gallus, Gutleut, Bahnhof, Innenstadt), 2

(Westend, Bockenheim, Kuhwald) und 7 (Rödelheim, Praunheim Hausen), in Sachsenhausen-Mitte sowie in drei Stadtbezirksverbänden im Frankfurter Westen (Nied, Sossenheim, Höchst-Unterliederbach) mit dem Analyseinstrument auszustatten.

Aber das Programm greift nicht nur auf historische Daten zurück. Die nächste Kommunal-, Bundes- und Landtagswahl ist schon im Menü integriert. Damit ausgestattete Stadtbezirksverbände können direkt nach der Wahl in dafür vorgesehene Tabellen die Ergebnisse eintragen und so selbstständig das Programm aktuell halten. Auch Kreisgeschäftsführer Thomas Fedt zeigte sich vom praktischen Nutzen der Software überzeugt: „Seine Feuer-



Mit dem Wahlanalyseprogramm kann jeder CDU-Stadtbezirksverband seine Stadtergebnisse analysieren, ohne auf Demoskopie-Institute zurückgreifen zu müssen.

taufe wird das Programm in den kommenden Wahlkämpfen haben“. Dann nämlich könnten Wahlkampfmittel mit Hilfe der kleinräumigen Analysedaten gezielter verteilt werden. ■

Weitere Informationen ...

... zum Wahlanalyseprogramm erhalten Sie von Thomas Kirchner unter
Tel.: 069/7392708 oder
E-mail: TomKir@aol.com.



Analysierten nach Kräften (v.l.n.r.): Hans-Georg von Freyberg, Jochem Heumann, Christian Wernet, Thomas Kirchner, Oliver Kroneisen, Alexander Zollmann, Walter Seubert.

Neubau Europäische Zentralbank – zukunftsweisend und traditionell

Unverwechselbar, alt und neu integrierend, will sich die Europäische Zentralbank am neuen Standort des Großmarkthallengeländes präsentieren.

Thomas Rinderspacher, Leiter der Bauabteilung der EZB, stellte im Deutschen Architekturmuseum am 29. Februar 2004 einem zahlreichen und interessierten Frankfurter Publikum das Ergebnis des internationalen Architekturwettbewerbs vor. Zu diesem Termin hatten die CDU Stadtbezirksverbände Sachsenhausen-Mitte und Ostend am 29. Februar 2004 ihre Mitglieder und Freunde eingeladen.

Ausführlich erläuterte Rinderspacher das Modell des ersten Preisträgers vom Architekturbüro Coop Himmelb(l)au aus Wien, deren Entwurf die Jury letztlich überzeugte. „Alt und Neu wird geschickt in einer skulpturalen Form kombiniert“,

so die Jury. Prägnant und funktional sind die Elemente des Gesamtkonzepts, bestehend aus polygonalen (verschlungenen) Zwillingstürmen, den „Skyscrapers“ (Wolkenkratzer), einem „Groundscraper“ (Bodenkratzer) und der denkmalgeschützten Großmarkthalle. Mehr als 2500 Arbeitsplätze sollen bei der EZB auf dem 50.000 qm Grundstück entstehen.

Die endgültige Entscheidung für die Realisierung soll im Herbst fallen,

nachdem weitere Überarbeitungen stattgefunden haben. So sollten z. B. die Freiflächen zum Ostend hin beruhigt und landschaftlich gestaltet werden, um sie der Bevölkerung zugänglich zu halten. Das gleiche gelte für Besuche der umgestalteten denkmalgeschützten Großmarkthalle, so die Stadtverordneten und Stadtbezirksverbandsvorsitzenden Klaus Vowinckel und Jochem Heumann.

Mit dem Neubau der EZB wird Frankfurt ein weiteres markantes Wahrzeichen gewinnen, von dem nicht nur das Ostend, sondern ganz Frankfurt profitieren wird.

(Iris Teichmann)



Im Vordergrund, zwischen den Stadtverordneten Hilde Kraube und Klaus Vowinckel, Thomas Rinderspacher, Leiter der Bauabteilung EZB. Stadtrat Peter Mensinger und die Stadtverordneten Thomas Kirchner und Jochem Heumann stehen von rechts nach links in der zweiten Reihe.

Frischezentrum eröffnet im Juni – CDU Kalbach zeigte rund 200 Bürgern die neue Markthalle

Über 200 Bürger waren der Einladung des CDU-Stadtbezirksverbandes Kalbach gefolgt und besichtigten das entstehende Gewerbegebiet Am Martinszehnten nördlich des Stadtteils. Unter fachkundiger Führung

der Entwicklungsträger, der Frankfurter Aufbau AG (FAAG) und der Gesellschaft zur Errichtung eines Frischezentrums (FRIMA), konnten die Besucher erstmals auch einen Blick in die beiden je 300 m langen Hallen

des neuen Frischezentrums werfen. 94 Prozent der Marktflächen sind bereits vermietet, am 6. Juni soll der Marktbetrieb beginnen und frisches Obst und Gemüse umgesetzt werden. Zu den normalen Betriebszeiten werden rund 1.000 Mitarbeiter im Frischezentrum tätig sein. Die Zufahrt zum Gewerbegebiet erfolgt über eine breite Haupterschließungsstraße. Kalbachs CDU-Vorsitzender Jan Dominik Schneider freute sich: „Die Veranstaltung war ein voller Erfolg, und die Besorgnis vieler Kalbacher vor einer zunehmenden Verkehrs-, Lärm- und Geruchsbelastung durch das Gewerbegebiet konnte verringert werden.“



Große Resonanz: Hunderte Bürger kamen zum CDU-Ortstermin am Frischezentrum

„Alter ist keine Krankheit“ Der Mediziner Rupert Püllen bei der Senioren-Union

„Das Altern ist kein Phänomen, das erst nach vielen Lebensjahren auftritt. Altern beginnt mit der Geburt“, erklärte Privatdozent Dr.



Privatdozent Rupert Püllen

med. Rupert Püllen bei einem Vortrag vor der Senioren-Union der CDU Frankfurt am 2. März im Haus Ronneburg. „Alter ist auch keine Krankheit“, fügte der Chefarzt der Medizinisch Geriatriischen Klinik der Frankfurter Diakoniekliniken im Diakonissen- und Mühlberg-Krankenhaus hinzu. Allerdings würden im Alter Erkrankungen häufiger auftreten als in jüngeren Jahren. Aber auch die junge Generation könne von scheinbar typischen Alterserkrankungen betroffen sein: Krebs, Herzinsuffizienz, Blut-

hochdruck, Infektionen, auch Demenz. Ältere Menschen, so Püllen, sind Krankheiten aber nicht wehrlos ausgesetzt. Vorsorge und gesunde Lebensweise halte „jung“. Dringlich verwies Püllen auf die Impfungen gegen Grippe, Pneumokokken und Tetanus, auf abwechslungsreiche Ernährung und ausreichende Flüssigkeitszufuhr. Wer über Jahrzehnte geraucht habe, könne durch Verzicht auch noch im Alter seine Gesundheitsverfassung deutlich verbessern, zehn Minuten Bewegung am Tag hielten zudem fit. ■

Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft

Dialogforum Universität und Finanzplatz Frankfurt

Bei der vierten Veranstaltung des vom RCDS Frankfurt, dem Wirtschaftsrat der CDU in Hessen und der Initiative Finance! der Goethe Universität getragenen Dialogforums „Universität und Finanzplatz Frankfurt“ konnten zwei weitere hochkarätige Besucher begrüßt werden: Prof. Dr. Rudolf Steinberg als Präsident der Goethe-Universität und Hermann-Josef Lamberti als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank und Vizepräsident des Wirtschaftsrates Deutschland.

Lamberti und Steinberg gingen zunächst auf die grundlegende Fragestellung des Dialogforums ein: Was

kann die Universität für den Finanzplatz Frankfurt und was kann der Finanzplatz für die universitäre Lehre tun, wie können beide sinnvoll kooperieren? Diesen Ansatz übertrugen sie in ihren weiteren Ausführungen auf das bereits bestehende E-Finance Lab der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, in dem Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam arbeiten. Die Forschungsprogramme des E-Finance Lab sollen helfen, Verbesserung- und Einsparpotenziale bei den Finanzprozessen der Geldinstitute zu erlangen. Eine Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft am Finanzplatz ist durch dieses Konzept des E-Finance

Lab realisiert. Das E-Finance Lab wird neben der Goethe-Universität und der Deutschen Bank AG auch von anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen getragen.

(Stephan Söhngen)

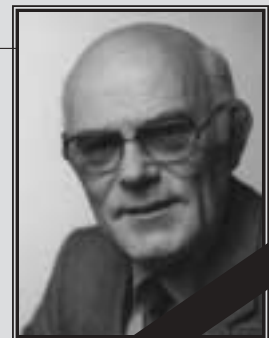


Im Gespräch (v.l.n.r.):
Stephan Söhngen, Hermann-Josef Lamberti und Rudolf Steinberg

Helmut Tigges †

Am 21. März 2004 verstarb im Alter von 77 Jahren der ehemalige CDU-Stadtverordnete und Mitbegründer der Senioren-Union, Helmut Tigges. Der gebürtige Westfale, der zum „Urgestein“ der IG-Metall zählte, gehörte der CDA seit 1957 und der CDU seit 1963 an. Als gelernter Technischer Zeichner war er beruflich für die damaligen VDM-Werke in Frankfurt-Heddernheim tätig, davon 15 Jahre bis

zur Schließung des Werks 1982 als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates. Die Senioren Union in Frankfurt führte er von 1987 bis 1989. Von 1970-1977 vertrat er die CDU im Frankfurter Römer. Tigges war auch Ehrenvorsitzender des CDU-Stadtbezirksverbandes Heddernheim, Träger des Bundesverdienstkreuzes, des Hessischen Verdienstordens und Familiare des Deutschen Ordens.



Zukunft von Wissenschaft und Kunst in Hessen

Udo Corts bei der Mittelstandsvereinigung

Der Kreisvorsitzende und hessische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, war am 16. März zu Gast im Frankfurter Presseclub bei einer Tagung der Mittelstandsvereinigung Frankfurt am Main zum Thema „Zukunft von Wissenschaft und Kultur in Hessen“.

Corts ging auf die aktuelle Autonomie-Debatte ein. Der Zugewinn an Selbstständigkeit biete den hessischen Hochschulen eine wichtige Perspektive für die Zukunft. Die Autonomie gewähre den Spielraum, die vorhandenen Ressourcen durch selbst festgelegte Investitionen zu stärken und ganz gezielt weiter auszubauen. Jede Hochschule werde künftig über die Gestaltung ihrer Schwerpunkte selber entscheiden, damit freilich auch ein gutes Stück weit die Verantwortung für den Erfolg übernehmen. Die gewonnene Freiheit biete die Möglichkeit, unmittelbarer als bisher auf die aktuellen Herausforderungen in

Forschung und Lehre zu reagieren. Dies wiederum verbessere die Position im Ringen mit der international stärker werdenden Konkurrenz um Spitzenkräfte und Gelder.

Als einen wichtigen Schwerpunkt der hessischen Kulturpolitik nannte Corts die Unterstützung Kassels bei der Bewerbung um den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2010. Hierzu zähle die Schaffung einer neuen

Struktur für die Museen in der Stadt und die Aufwertung des einzigartigen Kulturdenkmals Wilhelmshöhe. Wie in Kassel saniere das Land derzeit mit großem Aufwand auch das Staatstheater in Darmstadt und die Landesmuseen in Wiesbaden und Darmstadt. Welch große Bedeutung Investitionen in die Kultur für die wirtschaftliche Situation des Landes hätten, das habe der 1. Hessische Kulturwirtschaftsbericht gezeigt. ■

Der Frankfurter Europakandidat und Stadtverordnete Dr. Ralf-Norbert Bartelt, Joachim Gres, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung, und Wissenschaftsminister Udo Corts (v.l.n.r.).



Daniela Birkenfeld bei der CDU Bergen-Enkheim: „Europa muss handlungsfähig bleiben!“

Türkei-Beitritt, Verfassungskonvent und EU-Erweiterung waren die Themen bei der Veranstaltung des CDU-Stadtbezirksverbandes Bergen-Enkheim am 16. März mit der Frankfurter CDU-Spitzenkandidatin für das Europaparlament, Prof. Dr. Daniela

Birkenfeld. Birkenfeld sprach über den Entwurf einer Europäischen Verfassung: „Die Menschen müssen wissen, was sie in Zukunft von Europa erwarten können“. Dafür habe der EU-Konvent mit dem Verfassungsentwurf wichtige Vorarbeit geleistet. Kritik übte die Europakandidatin am fehlenden Gottesbezug. Auch müsse die Kompetenzabgrenzung zwischen Union und Mitgliedsstaaten präziser geregelt werden. „Dennoch, der Ent-

wurf weist in die richtige Richtung“, so Birkenfeld. So werde z.B. der Kommissionspräsident zukünftig vom Europäischen Parlament gewählt.

Im Zusammenhang mit der Ost-Erweiterung erörterten die Teilnehmer, die EU sei mehr als eine Freihandelszone und verbinde die Mitgliedsstaaten mit einem Wertekanon. Ein gemeinsamer Außenminister sei vorstellbar. Die Zubilligung einer Steuerhoheit sei jedoch noch abzulehnen. Zum Beitrittverlangen der Türkei in die EU sagte Birkenfeld: „Die Türkei ist trotz großer Fortschritte noch nicht reif für einen Beitritt“. Die CDU bekenne sich aber zu einer dauerhaften und privilegierten Partnerschaft. ■

Gerd Riechemeier, Stadtverordneter und Ehrenvorsitzender der CDU Bergen-Enkheim, Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und die Stadtverordnete Anne Bender, stellv. Vorsitzende des Stadtbezirksverbandes, bei den inhaltlichen Vorbereitungen für die Veranstaltung.





Presse- arbeit



Boris Rhein MdL
Stellvertretender Kreisvorsitzender und Vorsitzender des Rechtsausschusses im Hessischen Landtag



Ulrich Caspar
Landtagsabgeordneter



Stephan Siegler
Stadtverordneter und CDA-Kreisvorsitzender Frankfurt

Freiwilliger Polizeidienst für Frankfurt

Der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Boris Rhein hat die Einführung des freiwilligen Polizeidienstes in Frankfurt am Main gefordert. Rhein sagte, der freiwillige Polizeidienst sei in anderen hessischen Städten als Pilotprojekt sehr erfolgreich erprobt worden und habe sich als bestens geeignet herausgestellt, den Einsatz von Vollzugspolizei und städtischen Ordnungskräften zu ergänzen. Durch das Zeigen erhöhter Präsenz und das Beobachten und Melden verdächtiger bzw. gefährlicher Situationen leiste er einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Polizei ihren Auftrag noch effektiver als bisher erfüllen könne, betonte Rhein. Er wies darauf hin, dass der freiwillige Polizeidienst den Polizeivollzugsdienst von präventiven Tätigkeiten – insbesondere bei Großveranstaltungen, bei der Beseitigung von Störungen und Verstößen im ruhenden und fließenden Verkehr und beim Streifendienst – entlaste. Gerade dort, so Rhein, wo die Vollzugspolizei nicht ständig präsent sein könne, könnten freiwillige Polizeidienstleistende insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl stärken.

Als unsinnig bezeichnete der Landtagsabgeordnete Vorwürfe, bei dem freiwilligen Polizeidienst handele es sich um eine Polizei Light. Diese Kritik gehe an der Sache vorbei. Der freiwillige Polizeidienst sei kein Ersatz für die Vollzugspolizei, er sei lediglich eine weitere Säule der hessischen Sicherheitsarchitektur. ■

Ausbildungsplatzabgabe kontraproduktiv

Der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Ulrich Caspar erklärte, dass die von der SPD-geführten Bundesregierung geplante Ausbildungsplatzabgabe völlig kontraproduktiv sei.

Die neuesten Zahlen für Frankfurt belegten, dass es in Frankfurt am Main mehr Ausbildungsplätze gebe als Bewerber. So kämen in Frankfurt laut Bundesagentur für Arbeit auf 8.647 Ausbildungsplätze 5.559 Bewerber. Dabei seien auf 259 noch freie Stellen 220 Bewerber zu verzeichnen. Ursache, weshalb viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz annähmen, sei laut Untersuchungen der Umstand, dass sie sich ihrer Ziele und Wünsche nicht bewusst wären. Eine Ausbildungsplatzabgabe gehe in Frankfurt am Main völlig an der Realität vorbei. „Man kann das Engagement der Wirtschaft – insbesondere des Mittelstandes –, neue Ausbildungsplätze zu generieren, nicht noch bestrafen“, sagte der CDU-Abgeordnete und forderte die Bundesregierung auf, eine gründliche Ursachenforschung für einen Ausbildungsplatzmangel bzw. einen Mangel an Ausbildungsbetrieben zu betreiben anstatt den „schwarzen Peter“ bei der Wirtschaft zu suchen. So könne man Betriebe, die schon keinen Auszubildenden finden würden, nicht noch zusätzlich mit einer weiteren Abgabe belasten. Bei einer innovationsfreundlichen Wirtschafts- und Steuerpolitik erübrige sich jede weitere Diskussion über Ausbildungsplatzabgaben. ■

Pflegeversicherungsbeitrag für Rentner: Widerspruch sinnvoll

„Legen Sie Widerspruch gegen Ihren Rentenbescheid ein“, rät Stephan Siegler, Vorsitzender der CDA Frankfurt am Main, allen Rentnerinnen und Rentnern, „um Ihren Widerstand gegen diese unsozialen Maßnahmen deutlich zu machen und bei Abschluss der anhängigen Klagen Ihre Rechte gewahrt zu haben“. Künftig tragen die Rentnerinnen und Rentner den vollen Beitrag zur sozialen Pflegeversicherung in Höhe von 1,7 Prozent, statt wie bisher nur zur Hälfte. Wie sich die Neuregelung im Einzelfall auswirke, hänge von der jeweiligen Rentenhöhe ab. Hier eine Beispielrechnung: Bei einer Bruttorente von monatlich 800,- Euro erhöht sich der Pflegebeitrag von 6,80 Euro auf 13,60 Euro.

Bei Rentnerinnen und Rentnern, die Leistungen der bedarfsorientierten Grundsicherung erhalten, ändere sich im Ergebnis dagegen nichts. Die Grundsicherung gleiche den höheren Pflegeversicherungsbeitrag aus. Für Empfänger kleiner Renten, und davon gebe es gerade in den neuen Bundesländern sehr viele, sei dies eine neuerliche Belastung, die angesichts des Wegfalls der kompletten Befreiung von Zuzahlungen in der Krankenversicherung und anderer Belastungen der Menschen mit geringen Einkommen nicht hingenommen werden könne. „Diese Gesetzesänderung ist sozial ungerecht. Darüber hinaus bestehen nach unserer Auffassung auch noch erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken“, so Siegler. ■



Auf Freundschaftsbesuch in Israel

Auf Einladung des Oberbürgermeisters von Tel Aviv-Jaffa, Ron Huldai, reiste Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann vom 13. bis 16. März zu einem Freundschaftsbesuch in Frankfurts Partnerstadt an der israelischen Küste. Die Delegation, der auch CDU-Fraktionschef Uwe Becker angehörte, absolvierte ein umfangreiches Programm, das den Auftakt zum 25-jährigen Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Frankfurt und Tel Aviv im kommenden Jahr bilden sollte.

Gleich zu Beginn ihres Aufenthalts wurde die Delegation vom deutschen Botschafter in Israel, Rudolf Dreßler, mit der augenblicklichen Situation im Mittleren Osten konfrontiert und konnte sich im Gespräch aus erster Hand über die aktuelle Lebenswirklichkeit in Tel Aviv informieren. Auf Einladung des ersten Vize-Oberbürgermeisters der Stadt, Nathan Wolloch, schloss sich dann ein erster Gedankenaustausch mit den Kollegen des Stadtparlamentes von Tel Aviv-Jaffa an. Gerade hier konnten sehr klar die Parallelen der zentralörtlichen Situation Tel Avivs zu Kernstadtfragen Frankfurts mit den überörtlich wahrzunehmenden Regionalaufgaben gezogen werden. Den Folgetag prägten dann gleich drei besondere Programmpunkte. Am Vormittag traf man mit dem Generaldirektor der Tel Aviv Foundation, Avraham Ben-Shoshan zusammen, der den Frankfurter Vertretern verschiedene soziale und kulturelle Projekte zeigte; unter anderem ein neu geschaffenes College, das eine Brückenfunktion zwischen dem arabisch geprägten Jaffa und dem übrigen Tel Aviv

bilden soll und daher auch räumlich auf beiden Bezirksgrenzen steht. Ebenso beeindruckt war die Delegation auch vom Jüdisch-Arabischen Community-Center, das ebenfalls von der Tel Aviv Foundation ins Leben gerufen wurde, um das friedliche Zusammenleben von Juden und Moslems in Israel zu fördern. Nach einem Besuch an der Gedenkstätte für den ermordeten früheren Premierminister von Is-

rael, Yitzhak Rabin, wurde die Delegation dann von Oberbürgermeister Ron Huldai zum Gespräch empfangen. In einer sehr herzlichen Atmosphäre wurde auch hier die besondere Freundschaft zwischen Frankfurt und Tel Aviv von allen Beteiligten gewürdigt und die Absicht zum Ausdruck gebracht, dem kommenden Partnerschaftsjubiläum einen würdigen Rahmen zu verleihen.



Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann legt den Kranz der Stadt Frankfurt in der Gedenkstätte Yad Vashem bei Jerusalem nieder.



Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann (Mitte) zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Uwe Becker bei dem Oberbürgermeister der Stadt Tel Aviv, Ron Huldai

Einen besonderen Höhepunkt erlebten die Teilnehmer der Delegation dann am Abend im Gemeindezentrum Frankfurt-Haus, wo ein Empfangsprogramm mit Darbietungen von Kinder- und Jugendgruppen geboten wurde und die Delegation einmal mehr die besondere Herzlichkeit der israelischen Gastgeber kennen lernte. Mit dem Besuch der Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem bei Jerusalem und der offiziellen Kranzniederlegung durch Stadtverordnetenvorsteher Bührmann führte dann der dritte Tag des Freundschaftsbesuches die Teilnehmer auch an die dunklen Zeiten der eigenen deutschen Geschichte heran. In würdevollem Rahmen gestaltete sich ein Besuch, der nicht die Schuld für Vergangenes, sondern im Besonderen die Verantwortung für eine Zukunft ohne derartige Gräueltaten in den Vordergrund rückte.

Fraktionsvorsitzender Uwe Becker vor der Grabeskirche in Jerusalem

Beim anschließenden Gang durch die Altstadt von Jerusalem und dem Besuch der Grabeskirche Jesu sowie der Klagemauer mit Blick auf die Al-

Aksa-Moschee auf dem Tempelberg wurden für die Teilnehmer wie an sonst keinem anderen Platz auf Erden die Wurzeln dreier Weltreligionen zum Greifen und Begreifen nah; ein Eindruck, der mit zurück nach Tel Aviv genommen wurde, wo am Abend dann ein letztmaliges Zusammentreffen mit Oberbürgermeister Huldai sowie den städtischen Vertretern Tel Avivs auf dem Programm stand. Vor dem Abflug am Folgetag bildeten dann mit dem Besuch einer modellhaft betriebenen Müllentsorgungseinrichtung ganz handfeste kommunalpolitische Aufgabenstellungen einer Großstadt den Abschluss der Delegationsreise. Dass die Frankfurter Delegation Tel Aviv gerade in der derzeit schwierigen Zeit für Israel ihren Freundschaftsbesuch abgestattet hat, hat die Partner vor Ort besonders gefreut und wurde als Ausdruck der tief empfundenen Freundschaft gewertet. ■



Foto: Becker

CDU wird Verkleinerung der Alten Brücke verhindern

CDU-Fraktion hält an dem Konzept mit fünf Fahrspuren fest und fordert SPD und Grüne auf, ihren Antrag zurückzuziehen.

Wenn es nach den Plänen von Rot-Grün geht, wird der Verkehr an der Alten Brücke nach der Reduzierung auf vier Fahrspuren zusammenbrechen. „Brücken sind für den Verkehr Nadelöhre, die den reibungslosen Verkehrsfluss naturgemäß erschweren. Diese ohne Not noch zusätzlich zu verengen, ist schlichtweg ein Schildbürgerstreich. SPD und Grüne haben auf das falsche Pferd gesetzt“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Helmut Heuser. Die CDU lehne deshalb eine Reduzierung der Fahrspuren auf der Alten Brücke ab. „Wir brauchen die fünf Fahrspuren, sonst wird der Verkehr zum Erliegen kommen“, ergänzte der planungspolitische Sprecher Jochem Heumann und bezog sich auf das Gutachten der Straßenverkehrsbehörde.

In einer Fraktionssitzung beschäftigten sich die CDU-Stadtverordneten ausführlich mit der Simulation der Straßenverkehrsbehörde. „Die Simulation hat uns mehrere Szenarien deutlich gemacht: die jetzige Situation und verschiedene Varianten ei-



Foto: Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt

Über viele Jahrhunderte war die Alte Brücke die einzige feste Mainquerung am unteren Flusslauf. Die Entwicklung der Stadt ist untrennbar mit ihr verbunden. Die Brücke wurde 1222 erstmals urkundlich erwähnt.

ner vierspurigen Verkehrsführung“, erklärte Heuser. Die Experten hätten reale Datenbestände als Ausgangspunkt ihrer Simulation herangezogen. „Selbst der Fußgänger- und öffentliche Nahverkehr wurde abgebildet und berücksichtigt.“ Dabei sei „für alle glasklar gewesen, dass eine Reduzierung der Fahrspuren zu einem Verkehrszusammenbruch für die Alte-, die Ignatz-Bubis- und die Flößerbrücke führen wird; und das innerhalb einer Stunde.“

SPD und Grüne hatten in einem gemeinsamen Antrag die Verkleinerung der Alten Brücke auf vier Fahrspuren gefordert, ohne die Untersuchung abzuwarten. „Einen solch schwerwiegenden Eingriff in den städtischen Verkehrsfluss ohne Expertenwissen aus dem Bauch heraus entscheiden zu wollen, nur weil es gerade in die ideologische Mottenkiste passt, ist vorsätzliche Inkaufnahme von Staus“, kritisierte Heuser. Wie bei einem Schildbürgerstreich trage auch hier eine vermeintliche Lösung zur Verschlimmerung der Situation bei.



Foto: Iris Reichmann

Von fünf Fahrspuren überzeugt: Jochem Heumann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Peter S. Biberfeld, Vorsitzender des CDU-Innenstadtbezirks und Klaus Vowinckel, stv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Planungsausschusses auf einer Informationsveranstaltung am 16. März

Auch in Diskussionen mit interessierten Bürgern vor Ort erläuterten die Stadtverordneten Heumann, Klaus Vowinckel und Andreas Rust die Auswirkungen einer Brückenverkleinerung. Die Reaktion der Zuhörer habe dabei gezeigt, dass die Betroffenen sich der Konsequenzen der Verkleinerung bewusst sind und diese daher ebenfalls ablehnen. (az)

Hier bin ich Mensch! Frankfurt für Kinder!

UNICEF Partnerstadt 2004 ist Frankfurt am Main

Frankfurt ist dazu berufen, Partnerstadt für UNICEF zu sein. Denn zur Internationalität passt auch das weltweite Engagement für Menschen in Not. Unser großartiger Bürgersinn erweist sich in der Hilfsbereitschaft für andere. Wir haben uns für diese Städtepartnerschaft mit einem Euro pro Einwohner ein hohes Spendenziel gesetzt, denn das sind 650.000 Euro. Ich bin angesichts der vielen Aktionen zuversichtlich, die zugunsten von UNICEF geplant und teilweise schon vorbereitet sind, dass wir dieses Ziel erreichen werden.

Von Petra Roth

Es werden drei humanitäre Projekte gefördert, und zwar in Ägypten in unserer Partnerstadt Kairo, in Angola und in Vietnam. Kinder in vielen Ländern haben leider nicht genug zu essen, können keine Schule besuchen, leiden unter schlechter Hygiene. UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, hilft. Dafür braucht UNICEF die Unterstützung möglichst vieler engagier-



Werbung für die gute Sache: Schauspielerin Hannelore Elsner, HR-Börsenexperte Frank Lehmann und Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth

ter Menschen. Wenn man bedenkt, dass für nur 50 Euro eine Mutter mit einem behinderten Kind in Kairo ein halbes Jahr lang ein Förderzentrum besuchen kann, sind wir alle aufgerufen, einen Beitrag zu leisten. Wir wollen jedoch nicht nur sammeln, sondern auch auf die schlechten Lebensbedingungen von Kindern in Krisengebieten und Entwicklungsländern hinweisen.

Die Aktion der beliebten Frankfurt-Paten Hannelore Elsner und Frank Lehmann, die im Palmengarten Seidenkissen zugunsten UNICEF verkauften, brachte insgesamt 1405 Euro ein. Städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sammelten auf ihrer Personalversammlung im Januar 536 Euro für UNICEF, und bei der Inthronisationssitzung des Frankfurter Prinzenpaares kamen auch fast 600 Euro zusammen. Und vom türkischen Modekonzern VAKKO wurde ein Spendenscheck über 50.000 Euro überreicht!



Oberbürgermeisterin Petra Roth mit den Unicef-Botschafterinnen Sabine Christiansen und Ann-Kathrin Linsenhoff zwischen der Unicef-AG des Goethegymnasiums

Bereits jetzt gibt es über 55 Aktionen in Frankfurt zugunsten unserer Partnerschaft: Die Liste der Unterstützer ist lang, könnte aber noch länger werden: Es engagieren sich zum Beispiel die Berlitz-Sprachschule, das Goethe-Gymnasium, der Große Rat der Karnevalsvereine, die Schreiner-Innung und der VGF; aktiv ist der Sport mit dem SG Rot-Weiss Frankfurt, dem Sportkreis Frankfurt und Opel Ironman Germany. Das Schafhoffest von Ann-Kathrin Linsenhoff im September wird ein Höhepunkt des Partnerjahres werden. Weitere Initiativen, Aktionen und Unterstützer sind uns herzlich willkommen. ■



Foto: FRIMA GmbH

Aus der Luft fotografiert: Das Frischezentrum im Kalbacher Gewerbegebiet „Am Martinszehnten“

Das neue Frischezentrum überzeugt – modern, innovativ und erfolgreich

Arbeitskreis Wirtschaft der CDU-Fraktion besichtigt den Großhandelsplatz im Kalbacher Gewerbegebiet

Am 06. Juni wird das neue Frischezentrum im Kalbacher Gewerbegebiet „Am Martinszehnten“ eröffnet. CDU-Fraktionsvorsitzender Uwe Becker hat sich mit dem Arbeitskreis Wirtschaft vor Ort bei Wirtschaftsdezernent Nikolaus Burggraf und den beiden Geschäftsführern Herbert Janicke und Jürgen Schröder über den Baufortschritt informiert. „In zentraler Lage wird das Frischezentrum großzügig geschnittene Verkaufs- und Lagerflächen präsentieren“, ist

sich Becker sicher. Auf insgesamt 133.000 qm werden dann rund 120 Erzeuger Obst, Gemüse, Fleisch, Fisch sowie internationale Spezialitäten in einer Größenordnung von 300.000 Tonnen pro Jahr anbieten. „Dieser moderne Großhandelsplatz mit seinem umfangreichen Sortiment löst die traditionelle Großmarkthalle ab und wird bei den rund 3.000 Kunden das neue Qualitätssiegel für Frische und Qualität“, so Becker.

Bauherr des Frischezentrums ist die FRIMA Gesellschaft zur Errichtung eines Frischezentrums mbH, die eigens für diesen Zweck gegründet



Foto: FRIMA GmbH

Modellansicht des Frischezentrums bei Nacht

wurde. „Innovativ ist in diesem Zusammenhang, dass die Händler des neuen Frischezentrums gleichzeitig auch Mehrheitsgesellschafter sind“, sagte Becker. Mit der Zahlung einer Eigenbeteiligung werden die Händler Gesellschafter an der FRIMA GmbH. Die Stadt Frankfurt ist lediglich mit 30 Prozent am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt.

„Die Investition von 42 Millionen Euro ist bereits jetzt eine Erfolgsgeschichte, wenn man den aktuellen Vermietungsstand von 93 Prozent drei Monate vor Eröffnung sieht“, so Becker. Trotz angespannter wirtschaftlicher Lage und unsicheren Prognosen für die Zukunft hätten die Händler eine solch gewaltige Summe investiert. „Dieses Engagement ist deutschlandweit beispielhaft“. Die CDU-Fraktion sei froh, dass nach den jahrzehntelangen Diskussionen über die Zukunft der Großmarkthalle „sich jetzt eine Lösung abzeichnet, die einer Großstadt wie Frankfurt voll gerecht wird: modern, innovativ und erfolgreich.“ (az)



Foto: Zell

FRIMA-Geschäftsführer Herbert Janicke (Bildmitte) zeigt dem Arbeitskreis Wirtschaft das neue Frischezentrum.

City-Maut für Frankfurt nicht geeignet

CDU-Fraktion lehnt Straßengebühr wie in London ab

Die City-Maut wäre im Standortwettbewerb ein selbst gelegtes Kuckucksei; Frankfurt würde als Wirtschaftsstandort Nachteile erleiden. Zu diesem Schluss kommt CDU-Fraktionsvorsitzender Uwe Becker. „Wir wollen keine neuen Stadt-tore und sind gegen die Rückkehr eines Wegezolls“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker.

Gerade im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main würde das Verhältnis Stadt-Umland empfindlich gestört, mit der Folge, dass der Einzelhandel in der Innenstadt Umsatzrückgänge verkraften müsste, weil die Menschen die kostenlosen Parkplätze und gebührenfreien Straßen am Stadtrand bevorzugen würden. „In London mag das funktionieren. Die Stadt ist weit und breit das einzige Oberzentrum und daher alternativlos. In Frankfurt hingegen würden die Menschen in die Einkaufszentren auf der grünen Wiese oder in Städte im Rhein-Main-Gebiet ohne City-Maut vertrieben. Auch Unternehmensansiedlungen könnten sich verstärkt auf Gegenden ohne City-Maut für Kunden und Mitarbeiter konzentrieren.“

Wir müssen durch ein entsprechendes ÖPNV-Angebot in Verbindung mit Park&Ride-Möglichkeiten vor der Stadt die Menschen zum Umsteigen auf den Nahverkehr überzeugen und sie nicht mit der „Maut-Keule aus der Stadt vertreiben“, so Becker.

Auch die Lenkungswirkung der City-Maut sei fraglich. „Wir sehen noch nicht, dass der Verkehr in Frankfurt in den hohen Belastungszeiten verringert würde. Der Berufsverkehr in den Morgen- und Abendstunden bliebe trotz flexibler Arbeitszeiten erhalten, da sich An- und Abfahrten nun einmal auf diesen Zeithorizont fokussieren.“ Viele seien auf das Auto während der Arbeitszeit angewiesen und könnten nicht ohne wei-



Gebührenpflicht für Autofahrer in der Londoner Innenstadt. Die gebührenpflichtige Central Zone ist mit Bodenmarkierungen und Schildern gekennzeichnet. Kameras registrieren die Nummernschilder aller Autos.

teres auf den ÖPNV ausweichen: Handwerker müssen zu Kunden, Vertriebsmitarbeiter müssen Produkte an den Mann bringen, und Dienstleister bieten ihren Service auch außerhalb des Büros an.

Becker bezweifelte auch die gesamtwirtschaftliche Wirkung einer City-Maut. „Auf der einen Seite hätten wir zwar vielleicht einen Fahrzeitgewinn durch die verringerten Staukosten, andererseits müsste dieser den Kosten der Maut und den Nutzeneinbußen derjenigen gegenübergestellt werden, die aus Kostengründen auf den ÖPNV ausweichen oder ganz auf eine Fahrt in die Innenstadt verzichten müssen“, kritisierte Becker.

Der CDU-Politiker hält die ganze Diskussion außerdem für akademisch.

„Die Städte dürfen gar keine Maut einführen. Wenn eine solche Straßengebühr gewünscht wäre, müsste man über die Länder und den Bundesrat eine entsprechende Gesetzesänderung beantragen“, verwies Becker auf die Gesetzeslage. Es sei mehr als zweifelhaft, ob in diesen Gremien aus den erwähnten Gründen die erforderlichen Mehrheiten zusammen kämen.

„Es ist unstrittig, dass die Bewirtschaftung eines knappen öffentlichen Raumes notwendig ist, um seine Funktion zu erhalten“, sagte Becker. Mit einer intelligenten Verkehrsinfrastruktur Frankfurts und einer ausgereiften Parkraumbewirtschaftung lasse sich der Verkehrsfluss beschleunigen, „eine City-Maut ist auf jeden Fall das falsche Instrument“. (az)



Helmut Heuser
Verkehrspolitischer
Sprecher der
CDU-Fraktion

Verkehrsregelung an der Messe verbessern

CDU-Fraktion will Zugang zum Messegelände über U-Bahnstation Emser Brücke, zweites Messeparkhaus und bessere Erreichbarkeit des Rebstockbades bei Messezeiten

Die Zukunftsfähigkeit der Messe liegt nicht zuletzt darin begründet, wie reibungslos Besucher zur und von der Messe kommen können. Zu diesem Schluss kommt der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Helmut Heuser. „Deshalb haben wir drei Anträge gestellt, um Verkehrsflüsse zu optimieren“, sagte Heuser.

Die CDU möchte, dass bei den Ausbauplanungen der Messe ein attraktiver Messezugang im Bereich der künftigen U-Bahnstationen Emser Brücke vorgesehen wird. „Eine solche ÖPNV-Verknüpfung ist sinnvoll, weil das Straßennetz insbesondere im Bereich der Kuhwaldsiedlung vom Messeparkplatzverkehr entlastet wird“, erläuterte Heuser. Die neue Station Emser Brücke werde von Messebesuchern nur dann angenommen, wenn sie einen komfortablen, möglichst auf kurzer Wegstrecke zu erreichenden Messezugang bietet. Der bislang dort von der Messe vorgesehene Zugang via S-Bahnstation ins Torhaus verlange solche Umwege, „dass jetzt schon abzusehen ist, dass dieser Zugang von den Besuchern nicht angenommen werden wird“.

Im zweiten Antrag fordert die CDU-Fraktion ein zweites Messeparkhaus. Wegen seiner sehr günstigen gelegenen Verkehrsanbindung erscheint Heuser der Verkehrsübungsplatz an der Straße Am Römerhof/Max-Pruss-Straße am besten geeignet. „Das zweite Parkhaus würde die Parksituation für die Frankfurter Messe entscheidend verbessern. Mit einem solchen Parkhaus würden die im Landschaftsschutzgebiet liegenden so genannten Weiherparkplätze südlich der Max-Pruss-Straße entbehrlich.“

Der dritte Antrag beauftragt den Magistrat, für den abendlichen abfließenden Messeverkehr anlässlich mittlerer und großer Messveranstaltungen Änderungen der Verkehrsführung zu veranlassen. „Die Abfahrt aus dem Messeparkhaus erfolgt auf drei Fahrspuren, die Max-Pruss-Straße erhält eine zusätzliche separate Rechtsabbiegespur und die Ursinusstraße wird zwischen Bruno-Poelke-Straße und der Straße zum Rebstockbad für Verkehr in Richtung Esten gesperrt“, erläuterte Heuser den CDU-Antrag. Diese Maßnahmen führten dazu, dass der Messeparkplatzverkehr besser abfließen kann und dadurch das Rebstockbad während dieser Zeit schneller erreichbar ist. ■



Hella Welker
Schulpolitische
Sprecherin der
CDU-Fraktion

Schulen werden endlich für Fremdnutzungen entschädigt

**CDU-Fraktion begrüßt
Inhalte des B 130**

Schulen bekommen endlich eine Entschädigung für die entstandenen Kosten durch die Vereinsnutzung von Turn- und Sporthallen. „Damit können wir einen Schlusstrich unter eine jahrelange CDU-Forderung setzen, haben wir doch bereits im März 1998 gefordert, dass die Schulen für Fremdnutzungen entschädigt werden“, freute sich die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Hella Welker.

Im Rahmen der Budgetierung seien die Schulen für die Unterhaltung der Turn- bzw. Sporthallenausstattung zuständig. „Den Schulen entstehen aber zusätzliche Kosten für Sonderreinigungen, Verbrauchsmaterialien, Schadensbeseitigungen und Ersatz von Sportgeräten“, erklärte Welker. Deshalb forderte die CDU, dass die Schulen an den Gebühren beteiligt werden, die die Stadt für die Nutzung von Schulen, Turnhallen etc. von den Vereinen einzieht. „Der Magistrat hat jetzt mit dem Bericht B 130 geregelt, den Schulen Zuschläge in Höhe von 1.400 Euro pro Sportfeld zuzuteilen“, sagte Welker. Dazu kämen einzelfallbezogen spezielle Nutzungsentschädigungen für beispielsweise Beschallungsanlagen. Durch die Anlage zu dem Bericht erführen die Schulen die genauen Beträge. ■



Stephan Siegler
Stadtverordneter und
CDA-Kreisvorsitzender
Frankfurt

Region kooperiert bei Kriminalprävention

CDU-Fraktion begrüßt regionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und Prävention

Ein regelmäßiger Erfahrungs- und Meinungsaustausch soll Grundlage für die Entwicklung gemeinsamer Strategien auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung sein. „Dass 27 Städte, Gemeinden und Landkreise sich bereit erklärt haben, bei der Sicherheitskonferenz Rhein-Main mitzumachen, ist ein gutes Signal für das Zusammenwachsen der Region“, bewertete der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Stephan Siegler die neue Initiative. Die erste Konferenz hat am 4. März in Frankfurt stattgefunden.

„Durch das neue Präventionsnetzwerk erhalten wir konkrete Hilfe bei lokalen Problemen und profitieren gleichzeitig vom Wissen und den Erfahrungen anderer“, beschrieb Siegler den Grundgedanken der Zusammenarbeit. Bedürfnis nach einer engeren Kooperation bestehe vor allem auf den Gebieten Gewalt an Schulen, Graffiti/Vandalismus, Kriminalität gegen Senioren, Prävention und Medienarbeit, Gewalt im Sport und Videoüberwachung. „Wir wollen keine neue bürokratische Fachebene einrichten, sondern eine flexible, an der Praxis orientierte Zusammenarbeit“, sagte Siegler.

Mit dem Frankfurter Projekt „Gewalt – Sehen – Helfen“ konnte den Konferenzteilnehmern bereits ein erstes erfolgreiches Beispiel aus der Praxis vorgeführt werden. „Diese Kampagne läuft seit 1997 und stärkt die Zivilcourage in der Öffentlichkeit“, erklärte Siegler. Jeder werde ermutigt, hinzuschauen, wenn andere Hilfe benötigen. Auch der Odenwaldkreis habe mit dem Projekt „Kids gegen Gewalt“ viele positiven Erfahrungen gemacht. Es sensibilisiere Kinder gegenüber Gewalt und zeige ihnen Konfliktlösungsmöglichkeiten auf. Jugendgerichtshilfe, Polizei und Lehrkräfte bringen den Kindern spielerisch und interaktiv das Thema näher.

Mit Workshops, Newsletter, Veranstaltungen und einer gemeinsamen Homepage solle nun die Zusammenarbeit weiter konkretisiert werden. „Die hohe Teilnehmerzahl, die schnelle und ergebnisorientierte Einigung auf gemeinsame Arbeitsziele hat gezeigt, dass der Wille zur Kooperation gegeben ist“, so Siegler abschließend. Das mache Mut für weitere regionale Plattformen. ■



Uwe Becker
Stellvertretender Kreis-
vorsitzender und Vorsit-
zender der CDU-Fraktion
im Frankfurter Römer

„Gute Reise ins 20. Jahrhundert, SPD!“

CDU-Fraktionsvorsitzender sieht Kluft zwischen sozialdemokratisch geführ- ter Regierung und Basis nach SPD- Bundesparteitag vertieft

CDU-Fraktionsvorsitzender Uwe Becker sieht die SPD nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Franz Müntefering „auf dem Weg zurück ins 20. Jahrhundert. Gerhard Schröder ist als Parteivorsitzender schon über Reförmchen gestolpert, weil seiner Partei die Kraft zur Durchsetzung des politisch Notwendigen fehlt. Sein Nachfolger Franz Müntefering tritt für die Ausbildungsplatzabgabe und die Rückkehr zum Schulterchluss mit den Gewerkschaften ein und belegt so, dass die SPD auf dem Weg zurück ins vergangene Jahrhundert ist.“

Selbst intern habe das vermeintliche Aufbruchsignal seine Wirkung verfehlt. Mit den massiven Widerständen in den eigenen Reihen sei die SPD nicht in der Lage, kräftige Impulse für die notwendige Veränderung in Deutschland zu geben. Becker betonte, die Zerrissenheit der SPD zwischen Reformeinsicht und Reformverweigerung werde mehr Stillstand statt Fortschritt produzieren.

„Mit dem Trainergespann Müntefering/Benneter wird die SPD das Saisonziel Klassenerhalt wohl endgültig aufgeben müssen und in die Klasse der Bedeutungslosen absteigen“, so Becker abschließend. ■

Neue Sprecher der CDU-Fraktion

Der Wechsel von Elisabeth Haindl in den Magistrat der Stadt Frankfurt hat einige Änderungen bei den Fraktionsprechern bewirkt. „Klaus Vowinckel wird künftig für die CDU-Fraktion im Kulturausschuss sprechen und Andreas Rust im Wirtschaftsausschuss“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker.

Mit Vowinckel gewinne die CDU-Fraktion im Kulturausschuss zusätzliche Erfahrung und Routine in der politischen Diskussion. „Als CDU-Fraktionsgeschäftsführer hat er viele Verhandlungen durch sein persönliches Engagement positiv beeinflusst“, erinnerte Becker an die Gespräche mit den anderen Bündnispartnern. Gerade in den kulturpolitischen Diskussionen werde Vowin-



Andreas Rust, neuer Sprecher im Wirtschaftsausschuss

ckel „sachorientiert und pragmatisch die Dinge in unserem Sinne vorantreiben.“

Rust habe sich durch seine jahrelange berufliche Tätigkeit in der freien Wirtschaft für das Sprecheramt im



Klaus Vowinckel, neuer Sprecher im Kulturausschuss

Wirtschaftsausschuss qualifiziert. „Er kennt die wirtschaftlichen Herausforderungen der Rhein-Main-Metropole ganz genau und ist in der Lage, der CDU-Fraktion in den Ausschusssitzungen das nötige Gehör zu verschaffen.“ (az)

Stabwechsel bei der CDU-Fraktion

Bereits im letzten Jahr hatte der Fraktionsvorstand einstimmig die Weichen für den Wechsel in der Geschäftsführung der CDU-Fraktion gestellt.

Nun übernahm Fraktionsvorsitzender Uwe Becker auch offiziell die Geschäfte der Fraktion und löst den bisherigen Geschäftsführer Klaus Vowinckel ab, der nach Erreichen des 65. Lebensjahres sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Anstelle des üblichen Schlüssels übergab Klaus Vowinckel symbolisch ein Laptop an den neuen Fraktionsgeschäftsführer, um damit auch die Fortschrittlichkeit der CDU-Geschäftsstelle zu unterstreichen. Denn tatsächlich zählt die Fraktionsgeschäftsstelle mit ihrer zukunftsgerichteten EDV-Ausstattung zu den modernsten in der Bundesrepublik und leistet damit für die Mandatsträger der Stadtver-



Mit einem Laptop anstelle des üblichen Schlüssels hat Klaus Vowinckel symbolisch die Geschäfte der CDU-Fraktion an Uwe Becker übergeben.

ordnetenfraktion sowie für die CDU-Fraktionen in den Ortsbeirä-

ten wertvolle Unterstützung in der täglichen Arbeit. ■

Wir stellen Ihnen eine Auswahl vor aus den Anträgen und Anfragen der CDU-Fraktion im Römer sowie von Ihren Fragen in der Fragestunde der Plenarsitzung. Sie finden den jeweiligen Gesamttext und den weiteren parlamentarischer Initiativen unter <http://www.cdu-fraktion-ffm.de>.



✗ Einzug von Gebühren durch die FES

Am Ausfertigen und Versenden der Gebührenbescheide für die Abfallbeseitigung und die Straßenreinigung sind heute die FES, das Umweltamt, das Kassen- und Steueramt sowie das KIV beteiligt. Die CDU-Fraktion fordert den Magistrat auf, zu prüfen, ob der Einzug der Gebühren für die Abfallsammlung und die Straßenreinigung an die FES übertragen werden kann. ■



✗ Mittagsversorgung sicherstellen

Die von der Landesregierung angekündigte zukunftsgerichtete Schulzeitverkürzung am Gymnasium bei gleich bleibender Anzahl der Unterrichtsstunden wird dazu führen, dass auch am Nachmittag unterrichtet wird. Die CDU-Fraktion will deshalb vom Magistrat wissen, an welchen betroffenen Schulen es Essensangebote gibt und welche Möglichkeiten er sieht, dass die Mittagessensversorgung gewährleistet werden kann. ■

✗ Parkplätze am Philanthropin

Durch die Nutzung des Philanthropins durch die Jüdische Gemeinde werden aus Sicherheitsgründen mehr als 120 öffentliche Parkplätze wegfallen. Die CDU schlägt dem Magistrat in dem Antrag Ersatzstandorte vor: eine Quartiersgarage auf dem Gelände des Maingau-Krankenhauses oder auf dem Grundstück Keplerstraße 8-10. Bei der Errichtung von Garagen sind aus Kostengründen automatisierte Anlagen zu prüfen. ■



✗ Ambulant vor stationär?

Sozialrathäuser versuchen, die Kosten für ambulante Pflege zu begrenzen, indem den Pflegebedürftigen Heimunterbringung nahe gelegt wird. Bis heute jedoch gilt der Grundsatz: Ambulante Betreuung im gewohnten Umfeld geht vor stationärer Unterbringung. Die CDU-Fraktion fragt den Magistrat, ob diese Regel noch gilt und in welchen Fällen eine Abweichung sinnvoll ist. ■



✗ Kultureinrichtungen im Frankensteiner Hof

Momentan hat die Stadt Frankfurt in erheblichem Umfang Räume für künstlerische oder kulturelle Zwecke angemietet. Die Mieten dafür liegen erheblich über den kalkulatorischen Mieten, die das Liegenschaftsamt beim Frankensteiner Hof ansetzt. Die CDU-Fraktion beauftragt den Magistrat zu prüfen, welche kulturellen Einrichtungen im Frankensteiner Hof untergebracht werden können. ■



✗ Gender Mainstreaming

Das Frauenreferat hat mit externen Beratern in vier Veranstaltungen die Stadtverordneten über Gender Mainstreaming informiert. Die Informationen beschränkten sich dabei auf phrasenhafte Aussagen geringsten Niveaus, vorgestellte Fallbeispiele entpuppten sich als weitestgehend unbrauchbar. Der Stadtverordnete Markus Frank fragt, wie hoch die Kosten für die Berater waren. ■

Europawahlkampf der Frankfurter

CDU

| | |
|-----------------------------|---|
| 8. Mai 10.30–13.00 Uhr | Wahlkampfauftakt – Infostand des Kreisvorstandes mit den Europakandidaten, Ort: Zeil/Brockhausbrunnen. |
| 8. Mai | Auftaktveranstaltung der CDU in Saarbrücken. Eine zentrale Busfahrt für Interessierte wird vom Kreisverband nicht angeboten. |
| 13. Mai 20.00 Uhr | X Wahlkampfauftakt der CDU Hessen mit der CDU-Bundesvorsitzenden Dr. Angela Merkel und Ministerpräsident Roland Koch. Weitere Redner: Spitzenkandidat Hans-Gert Pöttering MdEP. Ab 18.00 Uhr musikalisches Vorprogramm und Europa-Talkrunden mit den Kandidaten. Ort: Römerberg. |
| 18. Mai 19.30 Uhr | „Europa – Quo vadis?“ – mit Thomas Mann MdEP, Veranstaltung der CDU Bornheim und Ostend. Ort: Pfarrsaal der Allerheiligen-Gemeinde, Thüringer Straße 29-35. |
| 18. Mai 19.30 Uhr | „Ziele und Aufgaben der EVP-Fraktion im Europaparlament“ – mit der Kandidatin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld. Veranstaltung der CDU Nieder-Eschbach. Ort: Darmstädter Hof, Nieder-Eschbach, An der Walkmühle 1. |
| 24. Mai 19.00 Uhr | „Herausforderung für das sich erweiternde Europa“ – mit Thomas Mann MdEP, Veranstaltung der CDU Rödelheim/Hausen. Ort: Vereinsringhaus Rödelheim, Friedel-Schormann Weg 7. |
| 25. Mai 19.30 Uhr | „EU-Erweiterung und hessische Finanzpolitik“ – mit dem hessischen Finanzminister Karl-Heinz Weimar. Kooperationsveranstaltung der MIT Frankfurt mit der IHK Frankfurt. Ort: Börse, Neue Börsenstraße 1. |
| 5. Juni ab 16.00 Uhr | X Europafest der Frankfurter CDU, Mix: Folklore, Kulinarisches, Musik und Gespräche. Ort: Karmeliterkloster, Münzgasse 9. |
| 5. Juni ab 19.00 Uhr | Jungwähler-Party der Jungen Union Rhein-Main. Ort: Altes Polizeipräsidium in Frankfurt am Main, Platz der Republik/Friedrich-Ebert-Anlage. |
| 7. Juni 19.30 Uhr | „Kirche und Staat im künftigen Europa“ – mit dem ehem. bayerischen Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier. Veranstaltung des EAK Frankfurt. Ort: Diakonissenhaus, Eschersheimer Landstraße 122. |
| 11. Juni 16.00–20.00 Uhr | Abschlussveranstaltung der CDU in Oberhausen. Zentrale Busfahrt wird über die Kreisgeschäftsstelle angeboten. Telefonische Anmeldung erbeten bis 28. Mai unter 069/1530990. |



Zentraler Informationsstand des Kreisverbandes vom
14. Mai bis 12. Juni 2004 • Ort: Zeil / Brockhausbrunnen
immer freitags 15.00-18.30 Uhr und samstags 10.30-15.30 Uhr

